

# Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätigen

Heute abend  
alles in die  
Versammlungen  
Näheres siehe Lokaler Teil

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Erträgerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig Erträgerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernschreiben: Postfachkonto: Breslau 3852.

Abwärts 17 Pf. Anzeigen unter Veranlassung von Versammlungen und Wohnungsangelegenheiten 10 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer 10 Pf. Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, Flurstraße 4/6, Breslau, Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einselnummer 10 Pf.

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgegeben

Rückporto beiliegend

Einselnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 27. Oktober 1932

Nr. 253

## Preußens Regierung zum Leipziger Urteil

### Otto Braun über die Konsequenzen, die sich aus dem Urteil ergeben

Die preußische Staatsregierung hatte zu Mittwoch abend die Vertreter der Berliner Presse zu sich gebeten. In der überaus stark besuchten Konferenz nahmen der preußische Ministerpräsident Otto Braun und Wirtschaftsminister Girtler teil. Zunächst nahm nach einleitenden Ausführungen des Ministerpräsidenten der Vertreter der Klage Preußens gegen das Reich in Leipzig, Ministerialdirektor Brecht, das Wort:

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes hat Deutschland den Ruf, ein Rechtsstaat zu sein, nicht genommen. Das Schwergewicht der Entscheidung liegt darin, daß sie zwar von einer Entscheidung von Nachbefeugnisse der Minister durch Einsetzung eines Reichskommissars spricht, aber nicht die von der Verordnung vom 20. Juli von der Entziehung „des“ oder „aller“ Nachbefeugnisse. Auch spricht die Leipziger Entscheidung nur von einer vorübergehenden Entziehung von Nachbefeugnisse, was die erwähnte Verordnung nicht getan hat. Ferner ist in dem Urteil von einer Führung der Ministerien nicht mehr die Rede, denn es steht fest, daß die Landesregierung nicht beauftragt werden kann. Aus alledem ergibt sich, daß die Verordnung vom 20. Juli mit der Reichsverfassung nicht im Einklang steht. Das Urteil erklärt, daß die Verordnung der Reichsverfassung nur entspricht, soweit sie sich auf Artikel 48,2 bezieht, also nicht auch soweit sie Maßnahmen enthält, die auf Artikel 48,1 nicht gestützt werden können.

Nicht nur allgemein, sondern spezialisiert, stellt das Leipziger Urteil fest, daß die Vorwürfe einer Pflichtverletzung Preußens unbegründet sind. Das ist das wichtigste für Preußen und für Deutschland überhaupt. Das Reich fürchtete mit Artikel 48,2 nicht durchzukommen und mußte daher versuchen, eine Pflichtverletzung darzulegen. Je stärker das geschah, desto härter mußten wir dagegen ankämpfen. Nun aber, nach der Entscheidung, muß das vergessen werden und es sollten derartige Streitigkeiten zwischen dem Reich und seinem größten Lande überhaupt nicht wieder vorkommen.

Die künftige Ansicht des Reichsgerichts, daß mit dem Artikel 48 nicht in die Hoheitsrechte der Länder eingegriffen werden kann, hat der Staatsgerichtshof aufrecht erhalten.

Während das Reich erklärte, der Reichskommissar sei die Landesregierung, hat Preußen betont, daß er immer Organ des Reiches bleibt, welches zwar die Zuständigkeiten der Länder zusammenpreßt, aber nicht auflöst oder befreit. Dem hat der Staatsgerichtshof am Schluß seiner Begründung zugestimmt: im Namen des Landes hat nur die Landesregierung zu sprechen, niemals aber ein Reichskommissar.

wenn auch zeitweise Zuständigkeiten der Landesregierung auf ihn übertragen sind.

Bei einer Reichssekretion wegen Pflichtverletzung eines Landes nach Artikel 48,1 hat das schuldige Land die Kosten zu tragen, bei Maßnahmen nach Artikel 48,2 dagegen das Reich. Damit beantwortet sich auch die Frage, was aus der Tatsache wird, daß inzwischen zwei oder drei Ministerialdirektoren zu ernannt worden sind.

Ministerpräsident Braun — zu dessen Ehren sich die Konferenz erhoben hatte, als er den Saal betrat — führte u. a. aus:

Es liegt im Interesse des Landes, sich auf den Rechtsboden dieses Urteils zu stellen und an seiner loyalen Ausführung sachlich mitzuarbeiten. Durch die Zurückweisung des infamierenden Vorwurfs der Pflichtverletzung Preußens gegenüber dem Reich ist die Atmosphäre etwas gereinigt und die Möglichkeit gegeben, die notwendige Neuregelung zu treffen.

Bewirrung ist nicht durch das Urteil geschaffen, sondern durch die Verordnung vom 20. Juli.

Der Staatsgerichtshof hat versucht, an Stelle dieser Bewirrung eine klare Rechtslage zu stellen. Wenn ihm das nicht ganz gelungen ist, dürfen wir ihn nicht kritisieren, sondern müssen an den Ausgangspunkt dieser Bewirrung zurückkehren.

Ich will nicht darauf eingehen, ob die Voraussetzungen zu einem derartigen Eingehen bestanden haben und ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, daß der Reichspräsident, ehe er solche durchgreifenden Maßnahmen erließ, wie auch früher mit sich selbst gebeten und mit mir die Dinge durchgesprochen, sondern derartig einschneidende Maßnahmen gegen die preußische Staatsregierung erlassen hat, ohne vorher den Versuch gemacht zu haben, mit dem verantwortlichen preußischen Minister Zustimmung zu nehmen.

Als geschäftsführendes Ministerium sind wir nach der Verfassung verpflichtet, die Geschäfte des Landes zu führen, bis uns eine vom Landtag gewählte Regierung abläßt. Die Begründung der Verordnung vom 20. Juli mit dem „nur“ geschäftsführenden Charakter der Regierung geht fehl. Mir und meinen Kollegen wäre nichts lieber, als wenn der Landtag seine Pflicht erfüllte und eine Regierung wählte. Solange er das nicht tut, müssen wir gemäß der Verfassung die Geschäfte weiterführen.

Nun erklärt der Staatsgerichtshof uns zur Landesregierung, die die Hoheitsinteressen Preußens zu vertreten hat, und zwar gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat, dem Reichstag und dem Reichsrat, sowie auch der Öffentlichkeit und dem Reich gegen-

über. Die Exekutive oder die Amtsbezugnisse hat der Reichskommissar für sich in Anspruch genommen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten. Es wird sehr schwer sein, diese Abgrenzung praktisch durchzuführen. Das Staatsministerium wird nichts tun, um die Regelung auf Grund des Urteils zu erleichtern. Wenn einzelne Zeitungen durchblicken lassen, der Reichskommissar habe das Geld, die Beamten und den Apparat, also könne die geschäftliche Regierung nichts machen, so wird damit bei den verantwortlichen Reichsstellen eine Böswilligkeit vorausgesetzt, die ich der Reichsregierung nicht unterstellen möchte. Ich bin der Auffassung, daß die Reichsregierung ebenso wie die Landesregierung das Urteil respektieren und bemüht sein wird und muß, im Interesse des Reiches und Preußens einen Ausgleich zu finden.

Gewiß besteht eine Reihe Schwierigkeiten. Kleine Anfragen aus dem Landtag soll die Staatsregierung beantworten. Wie könnten wir das, ohne daß uns der Beamtenapparat und die Akten zur Verfügung gestellt werden? Die Verfassung verpflichtet uns, dem Staatsrat alle monatlich Auskünfte über die laufenden Geschäfte zu geben. Wie sollen wir das durchführen, wenn der Kommissar die Akten für sich nimmt und uns nicht informiert? Wir sollen unsere Reichsratsvertreter für die Stellungnahme zu den Vorlagen der Reichsregierung instruieren. Wie sollen wir das machen, wenn uns nicht die Sachbearbeiter zur Verfügung stehen, um uns zu informieren? Preußen und das Reich müssen also einen Modus finden, der ein reibungsloses Arbeiten gewährleistet. Die Reichsregierung wird sich ernstlich fragen müssen, in welchem Umfange und wie lange noch sich die Zustände und Maßnahmen aufrecht erhalten lassen, die auf Grund der Verordnung vom 20. Juli geschaffen worden sind.

Uebrigens haben wir Ruhe und Ordnung mindestens in demselben Maße aufrecht erhalten, wie der Reichskommissar, wir sind aber ohne Zuchtungsverordnung ausgekommen.

Ich sehe allerdings nicht ein, warum zur Sicherung der Ordnung und Ruhe zum Beispiel dem Landwirtschaftsminister die Steuerförmung und die Bullenprämiierung, warum dem Handelsminister die Porzellanmanufaktur und dem Finanzminister das Katasterwesen oder mir die Verwaltung der Archive, der alten Akten des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen entzogen werden mußten. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Staatsregierung ist bereit, loyal und sachlich, zum Besten des Reiches und Preußens, an der Lösung all dieser Fragen mitzuwirken. Was die Reichsreform anbelangt, so ist allgemein bekannt, daß ich stets darauf bedacht gewesen bin, dem Reiche nicht unnötig Schwierigkeiten zu bereiten. Auch gegenüber seiner

wechselnden und oft sehr verschiedenartigen Kabinetten war Preußen stets von diesem Bestreben geleitet. Der Weg, den die Reichsregierung durch eine gewaltsame Reichssekretion eingeschlagen hat, die in ihren wesentlichen Teilen sehr durch den Staatsgerichtshof als verfassungswidrig abgelehnt wurde, ist nach meiner Meinung nicht der geeignete Weg zum Besten des Reiches und Preußens und zum Nutzen der ganzen brennenden Reichsreform. Dieser Weg muß so bald wie möglich verlassen, aber daraus die Lehre gezogen werden, daß man gemeinsam etwas Vernünftiges zum Besten beider Teile herbeiführen muß. (Lebhafte Beifall.)

#### Und was tut die Reichsregierung?

Die Papen-Regierung wird sich am Freitag mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes befassen. Die Erwartungen, daß der Reichspräsident den Ratshof, die einer Ignorierung des Leipziger Urteils gleichkommen, folgen wird, hält man in maßgebenden politischen Kreisen für abwegig.

#### Herr Bracht erläßt Erlasse

Der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, Herr Bracht, der schon seit längerer Zeit selbst von Rechtskreisen für einen politischen Abenteuer gehalten wird, hat an die preußische Beamtenenschaft als „mit der Wahrnehmung der Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten beauftragter Reichskommissar“ einen Erlass gerichtet, in dem es heißt, daß die Gehorsamspflicht der preußischen Beamten nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober feststeht. Dieser Erlass zeigt das schlechte Gewissen des Herrn Bracht, vor allem aber, daß die Barone keinesfalls die Absicht haben, das Urteil des Staatsgerichtshofes in vollem Umfang zu respektieren. In anderen Fällen würde ein derartiger Erlass ohne Befehlsgewalt mit der vom Staatsgerichtshof als rechtmäßig anerkannten preußischen Staatsregierung nicht möglich gewesen sein. Immerhin paßt er zu der Ideologie des Herrn Bracht.

Der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht hatte am Mittwoch abend im Auftrag der preußischen Staatsregierung eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten. Die Unterredung galt der Ausführung des Leipziger Urteils.

In maßgebenden Zentrumskreisen betrachtet man den durch den Staatsgerichtshof geschaffenen Zustand als Provisorium, dem alsbald nach den Reichstagswahlen eine endgültige Lösung mit dem Ziel der Beilegung des Reichskommissars folgen soll. Insofern hofft man in maßgebenden preußischen Zentrumskreisen, daß bald nach den Reichstagswahlen in Preußen eine schwarz-braune Koalition mit einem Ministerpräsidenten zustandekommt, der weder dem Zentrum, noch den Nationalsozialisten angehört. Die schwarz-braunen Koalitionsoverhandlungen sind bisher zwar noch nicht wieder aufgenommen worden, dürften jedoch in den nächsten Tagen weitergeführt werden.

Das Preußische Staatsministerium wird unter dem Vorsitz von Otto Braun am Freitag vormittag um 10 Uhr wiederum zusammentreten. In der Zwischenzeit werden sich gewisse Vorgänge ereignet haben, die im Verlauf der neuen Sitzung erörtert werden.

## Stahlhelm gegen Prinz Luwi

### Hohenzollernprinz als übler Renegat bezeichnet

Prinz Luwi erschien höchstselbst am Dienstag als Nazi-Kedner am Sportpalast, und was der, edle Prinz dort hören ließ, hat das gesamte nationale Lager in solchen Aufbruch versetzt, als tobten dort zehntausend leisernde Marktwiber und nicht die Erreter Deutschlands.

Luwi fühlte sich selbst als Thronanwärter, nachdem er so lange in der Hitler-Armee treu gedient hat. Luwi tobte deshalb im Sportpalast gegen „die feinen Leute“, gegen Papen und die Barone, gegen Hindenburg und die Hohenzollernverwandtschaft, die jetzt mit dem Stahlhelm den Thron für den Felden von Charleville erobern will. Wie Luwi auf die eigene Bande geschimpft hat und was sich im Hause Hohenzollern abspielt, zeigt folgende Erklärung, die der Stahlhelm am Mittwoch der Presse zufest:

Seine königliche Hoheit, Prinz August Wilhelm von Preußen, der die finanziellen, materiellen und gesellschaftlichen Vorteile seiner Stellung durchaus in Anspruch nimmt, die er lediglich dem Kampfe nationaler Kräfte gegen die Fürstentumsteignung zu verdanken hat, hält es für angebracht, in letzter Zeit in öffentlichen Versammlungen, so auch in der Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen

Arbeiterpartei im Berliner Sportpalast, den Stahlhelm, insbesondere seine Bundesführung, auf das Schärfste zu kritisieren.

Renegaten-Eifer ist bekannt. Während des vierjährigen Weltkrieges und in der Nachkriegszeit bis 1927 hat der Prinz eine bemerkenswerte Zurückhaltung beobachtet. Im Jahre 1927 kam der Prinz zum Stahlhelm und schwor bei jeder passenden Gelegenheit dem Bundesführer öffentlich die Treue. Er verließ trotzdem nach etwa drei Jahren die Stahlhelmbewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte, seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhelm-Presse gebracht wurden.

Jetzt wirt der Prinz öffentlich dem Stahlhelm Unmoralität vor. Wir empfehlen ihm, sich zunächst einmal mit der Moral der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu beschäftigen, aus der namhafte Mitglieder wegen der unmoralischen Zustände laut öffentlicher Erklärung ausgetreten sind.

Heil Dir im Siegerkranz, Heil den Rittern und Erneuerern Deutschlands! Es sind alles feine Leute und einander wert!

## Macht Schluß mit Hitlers Kumpanei

### Erwachtes Volk wählt Liste 2

# Immer neuer Verrat der KPD.

## Nationalbolchewistische Anträge für den nächsten Reichstag Die KPD. will die Arbeitererschaft täuschen

Unsere Enthüllungen des verräterischen Charakters des Wahlaufsatzes der KPD. hat bei der kommunistischen Zentrale weitestgehend hervorgerufen. Aber was gibt es da zu bestreiten? Denn inzwischen geht das Zentralkomitee der KPD. mit einem neuen Antrag haften, den die Kommunisten im nächsten Reichstag stellen wollen und dessen erster Artikel lautet: „Der Versailler Vertrag wird sofort außer Kraft gesetzt und für null und nichtig erklärt.“

Das ist die blödsinnigste nationalbolchewistische Aktion, die denkbar ist. Sie ist noch blöder als alles, was die Nazis auf diesem Gebiete bisher geleistet haben. Es ist eine Lüge gegenüber der Arbeiterklasse, der man erzählen will, daß sie infolge des räuberischen Diktates von Versailles mit einer zermalmenden Last des Elends bedrückt werde.

Es ist eine Verschleierung der Klassenkampfposition in Deutschland, eine Täuschung der Arbeitererschaft über die Lage, über ihre Aufgaben, über die Wege zu ihrer Rettung und Befreiung.

Wie einst Hugenberg predigte: fort mit dem Youngplan, und alles wird besser, so predigt jetzt die Zentrale der

K.P.D.: fort mit Versailles, und alles wird besser. Es sind die Methoden politischer Gesundbeter und Volksbetrüger, die damit gekostet werden.

Dieser plötzliche Ausbruch nationalbolchewistischen Irrsinns bei der Zentrale der KPD. ist aus deutschen Verhältnissen und aus der deutschen Klassenkampfposition gar nicht zu erklären. Er ist nur erklärlich als Auswirkung eines strikten Befehls, den die Heloten in der KPD-Zentrale von Moskau empfangen haben. Stalin und seine Berater spielen ein wenig Nationalsozialismus, sie blasen in das Hauptinstruments Feuer, weil sie es für sich für nötig halten — und ihre Heloten in Deutschland unterstützen damit hilflos und sinnlos das Spiel der Nationalisten und Kriegsbegier!

Im Augenblick, wo es gilt, Stolz auf Stolz gegen den Kapitalismus zu führen, läßt die KPD. den Kapitalismus verschwinden hinter dem „räuberischen Versailler System“. An die Stelle klarer neuerzeitlicher Begriffe tritt das Weibel nationalbolchewistischer Phrasen. Karl Marx wird zugunsten von Hitler und Hugenberg verleugnet!

Die Sozialdemokratie fordert auf zur sozialistischen Aktion, die KPD. aber zum nationalbolchewistischen Humbug. Der Unterschied ist klar. Sozialisten marschieren deshalb mit der Sozialdemokratie!

Spiegel bezeichnet und behauptet, er hätte Kommunismus bei der Wehrdirektion denunziert. Um diesen Schwindel glaubhaft zu machen, wird in dem hiesigen Kommunistenblatt unter der Überschrift „Ein Schwindeldokument“ ein angebliches Faksimile eines angeblichen Rundschreibens an sämtliche Wehrführer veröffentlicht. In diesem als streng vertraulich bezeichneten Rundschreiben wird behauptet, daß in einzelnen Betrieben kommunistisch eingestellte Wehrangehörige Wahlpropaganda betreiben. Diese Verbathigen sollten wegen Arbeitsmangels unverzüglich entlassen werden.

Dieses Rundschreiben ist eine gemeine Fälschung. Die Behauptung über Walthers ist eine Lüge. Nazis und Kozis kämpfen mit den gleichen Methoden gegen die sozialdemokratischen Funktionäre.

## Das ist Herr Subke!

Dem Klepper-Ausschuss des Preussischen Landtags sitzt ein deutschnationaler Abgeordneter vor, der alles andere als eine Zierde der Objektivität ist. Dieser Mann heißt Subke, stammt aus Köslin, ist von Beruf Rechtsanwalt und ist, da er deutschnational ist, im Sinne der „neuen Staatsführung“ selbstverständlich „überparteilich“. Wie „überparteilich“, das hat er dieser Tage in der Kösliner Stadtvorordneten-Versammlung gezeigt.

Subke erklärte u. a., daß die Verhandlungen des Klepper-Ausschusses auf die Korruption der SPD. und ihres Herrn Klepper ein ganz eigenartiges Licht geworfen hätten. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem Reinigungsantritt Subke sofort erwidert, daß es ein merkwürdiger Vorgang sei, wenn der Vorsitzende des Klepper-Ausschusses während eines stehenden Verfahrens ein derartiges Urteil abgibt. Subke habe den Ausschuss selbst vor einigen Tagen bis nach den Reichstagswahlen veranlagt und müsse wissen, daß die von ihm erhobenen Vorwürfe unberechtigt seien. Subke nahm seine Anschuldigungen in der Sitzung trotzdem nicht zurück. Das war anscheinend unter der Würde dieses deutschnationalen Reinigungsantritts. Aber persönlich erklärte er dem sozialdemokratischen Sprecher kühl und leise, daß er nicht gewagt habe, daß Klepper kein Sozialdemokrat sei. Subke hat sich damit für das Amt des Vorsitzenden des Klepper-Ausschusses als besonders „geeignet“ erwiesen.

# Das sind die Nazihelden

## Druckerei in die Luft gesprengt — junges Mädchen vergewaltigt

Bohum, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Bohumer Polizei hat drei SS-Leute und einen SA-Mann verhaftet, die ein junges Dienstmädchen in die Wohnung eines dieser Burken gelockt haben und sich dort in der gemeinen Weise an ihm vergingen. Das Mädchen, dem buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen wurden, hatte sich vergeblich zur Wehr gesetzt. Als Nachbarn aufmerksam wurden, warf man das Mädchen nach Mißhandlungen aus dem Hause. Vorher hatte man ihr noch die Geldtasche gestohlen.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

In Uffenheim bei Rothenburg o. d. Tauber haben Naziführer die Druckerei des „Uffenheimer Tagesblattes“ durch eine Granate in die Luft gesprengt. Die Explosion erfolgte am Mittwoch Morgen 3 Uhr.

Die Zeitung ist ein nationalsozialistisches Landbund-Organ. Der Besitzer und Verleger des Blattes ist der frühere Nazi-Abgeordnete Wilhelm Holzwarth. Vor zwei Jahren hatte er sich jedoch von Hitler getrennt und war aus der Nazi-Partei ausgestiegen. In den letzten Wochen erhielt Holzwarth verschiedene Drohbriefe, von denen er angibt, daß sie von Hitler-Leuten geschrieben worden sind. In diesen Briefen wurde dem Abtrünnigen baldige „Abrechnung“ angekündigt. Jetzt ist sie erfolgt. Die Explosion war so stark, daß die Schnellpresse und die Druckerei völlig zerstört und die Mauer geborsten sind. Selbst die Mauer der Nachbarhäuser sind geborsten und zeigen große Risse. Glücklicherweise sind keine Menschen verletzt oder getötet worden. Auf der Straße vor der Druckerei hat die Polizei Granatenteile und Zündschnurreste gefunden.

Hamburg, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Im Hamburger Stadtteil Eilbek haben die Nazis eine deutschnationale Versammlung durch Steinbomben gesprengt. Mit dem Ruf „Hugenberg verrede“ machte die SA dann einen Sturmangriff auf den schwarz-weiß-roten Saalbau. Die Schläger zogen sich auf der Straße fort, wobei die SA auch die Polizei angriff. Erst als große Polizeiverstärkungen eintrafen, konnten die Kämpfer getrennt und auseinandergejagt werden. Einige Nazis wurden verhaftet.

## SPD. Baden gegen Konfordat

Karlsruhe, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der Parteiausschuss der badischen Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschloßen, den von der badischen Regierung in Aussicht genommenen Konfordat die Zustimmung zu verweigern. Die betreffenden Konfordate sind bereits fertiggestellt. Sie bedürfen nur noch der Zustimmung des Landtags.

## Die Kozis arbeiten wie die Nazis

Mit Verleumdungen und Fälschungen gegen Sozialdemokraten Landau, landau verstanden die Kommunisten im Wahlkampf die Parole von der Einheitsfront gegen den Faschismus. In Wahrheit wenden sie aber dieselben Methoden gegen die SPD. und ihre Funktionäre an, wie sie die Nazis seit langem belieben. Hier ein neuer Beweis.

Mit Eifer wurde dieser Tage verbreitet, das freigelegte Mitglied des Angestelltenrates des Leuna-Werks, Winter, habe von der Direktion 1500 Mark Bestechungsgelder erhalten. Es gelang, als Verbreiter dieser gemeinen Wahllüge den nationalsozialistischen Diplomingenieur Klotz festzustellen, so daß seine gerichtliche Bestrafung erfolgen wird. Nach den Nazis kommen die Kommunisten mit einer ebenso gemeinen Verleumdung. Im hiesigen „Klassenkampf“ und hier auch in der gesamten Kommunistenpresse wird der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Walthert als Werks-

## Der Hungermarsch in England

Die aus allen Teilen Englands auf London strömenden Hungerdemonstranten, deren Zahl auf 2000 geschätzt wird, treffen zum großen Teil in der Nacht zum Donnerstag in der Hauptstadt ein. Sie werden in den kommenden Tagen demonstrieren gegen die geringe Höhe der Arbeitslosenunterstützung, vor allem aber gegen den Bedürftigkeits-Nachweis. Die Londoner Polizei hat grobe Vorbereitungen getroffen, um unliebsame Zwischenfälle von vornherein unmöglich zu machen.

Der Abgeordnete der Unabhängigen Labour-Party McGovern beantragte, daß eine Delegation der Demonstranten vor dem Unterhaus die Forderungen der Arbeitslosen vorzutragen könne. Dazu wird es schwerlich kommen. Aber das Parlament wird sich ohnedies am Donnerstag mit einer neuen Vorlage zur Abänderung des Verfahrens bei Anwendung des Bedürftigkeits-Nachweises befassen. Das der Grundgesetz des Bedürftigkeits-Nachweises beibehalten werden wird, ist kaum zweifelhaft. Die Labour-Party, deren Mißtrauensantrag gegen die Regierung inzwischen mit 482 gegen 55 Stimmen abgelehnt wurde, wird jede Form des Bedürftigkeitsnachweises im Parlament bekämpfen.

# Ja, Beamte, jetzt werdet ihr wieder kommandiert

## Regierung Papen setzt sich mit den Beamten nicht an einen Tisch

Als die Gewerkschaften sich am vorletzten Mittwoch mit dem Wirtschaftsplan der Reichsregierung auseinandersetzen und vor allem gegen den notverordnungsgemäßen Lohnabbau protestierten, hatten sie den Reichskanzler von Papen eingeladen, an ihrer Tagung teilzunehmen. Der Graf ließ sich aber entschuldigen: er habe keine Zeit! Vorher und nachher hatte er aber Zeit, vor den Industriellen und der Landwirtschaft zu sprechen. Er hatte auch am verflochtenen Sonntag Zeit, auf einer Berliner Kennbahn zu erscheinen, wo er höchstpersönlich dem Sieger den Ehrenpreis überreichte, ein Gemälde, das den Reichskanzler als Herrentreiter zeigt.

Am Freitag am Donnerstag in Berlin die große Tagung des Deutschen Beamtenbundes. Der Beamtenbund hat selbstverständlich die Reichsregierung höflich eingeladen, an seiner Tagung teilzunehmen. Das hat der Beamtenbund bisher jeder Regierung gegenüber getan und jede Regierung hat bisher ihre Vertreter entsandt, um sich über die Not und die Sorgen des Berufsbeamtenstands zu unterrichten. Die Papen-Regierung scheint darüber anders zu denken. Sie hat die Einladung des Deutschen Beamtenbundes

abgelehnt. Die Regierung von Papen wird also auf der Tagung der Berufsbeamten in Berlin nicht vertreten sein.

Für die Gewerkschaften hatte Herr von Papen keine Zeit. Mit Recht sagt man deshalb heute im Lande, daß für die „grundsätzlich neue Staatsführung“ des Herrn von Papen der Staatsbürger erst bei dem Unternehmer beginnt. Gegenüber den Beamten hat man auf die Ausrede, man habe keine Zeit, verzichtet. Den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes, die die Einladung an die Regierung überbrachten, hat der Reichsinnenminister bedeutet, daß es sich für eine autoritäre Regierung nicht schicke, an Beamten tagungen teilzunehmen. Das bisherige gute Verhältnis zwischen den Organisationen des Berufsbeamtenstands und der Reichsregierung müsse aufhören; es ginge nicht, daß sich die Regierung mit Vertretern der Berufsbeamtenorganisationen als Gleichberechtigte an einen Tisch setzte. Der Beamte sei für die autoritäre Regierung Objekt.

Wir brauchen diese Auffassung wohl nicht zu kommentieren. Jeder Beamte wird nach dieser Erklärung wissen, woran er ist und was die Glöde geschlagen hat. Gelegentlich, der Regierung eindringlich klarzumachen, daß dieser „Objekturs“ nicht mehr in unsere Zeit paßt, bietet sich am 6. November.

## Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender  
Berechtigtes Uebersetzung  
aus dem Spanischen von G. H. Neundorff

45) (Nachdruck verboten)

Die Mähren haben ihm die Kinnbäden zerhacken, um das Gold rauszureißen, das er in den Zähnen hatte, er hat keinen Mund mehr. Alles ist ein Brei aus Fleisch und zermalmtm Knochen. Ich kenne ihn von Jellun, er war Postunteroffizier. Ich mache freiwillig wieder mit, wenn wieder richtig losgeht, ich hab's ein paar von den Lumpenhunden geschworen, die erst mit uns freundlich taten und dann die Leute in der Kirche ans Kreuz schlagen, genau wie Christus. Ich hab's selbst gesehen. Ich komme freiwillig wieder!

Bianca zuckt die Achseln. Der Gendarm betont: — „Etwas nicht? — Und wenn ich alles verliere, weil ich eine gute Karriere vor mir habe und mich die Vorgesetzten schätzen! Aber ich komm freiwillig wieder, egal mit was für einem Regiment! Ich lag meine fünfundsiebzig Duros schwimmen und hungere und lag mich von Lärmen aufpassen!“

Bianca kniet hinter dem Fenster nieder und schneidet das Gewehr hinaus. Der Gendarm bemerkt: „Jetzt ist's nicht mehr gefährlich, nach dem Spektakel heut nacht. Sie haben die Bewanderten mitgenommen und verbunden sie oder beten das Morgengebet. Wieviel Geschäfte hast du mitgemacht? Ich lieber und biestig, die drei oder vier Angriffe nachts immer für ein gerechener. Ich glaube, sie geben mir einen Orden mit Ehrensold, aber mich beunruhigt was und läßt mich nicht schlafen.“

In allem Elend sieht der Mann gesund und kräftig aus und hat eine gute Gesichtsfarbe. Er ist mehr als wohlbeleibt, bewacht die. In seinen Worten liegt eine belebende Sicherheit und Selbstbewußtheit.

Was ist das, Bianca?

„Nicht, das Geschick und das Schreien der Vermundeten regen mich nicht auf, wenn ich ansuchen will. Aber ich denk in dem Schlammwasser darüber nach, wer jetzt für Beförderung und Auszeichnung zuständig ist. Ich krieg's nicht raus. Wer führt die Starmlisten weiter? Wer bringt die Sache in Schwung? In welcher Reihenfolge kommen die Beförderungen raus?“

Er geht mit weiten Schritten. Bianca taucht aus der Tiefe des Zimmers und der Bekörtheit auf, in die er sich versenkt fühlt — zum ersten Male, seit er K verlassen hat, beginnt er zu fluchen. Auf der Flucht über Ebenen und in Bachläufen hat er es in abergläubischer Furcht nicht gewagt. Im Zimmer nebenan haben der Gendarm und ein dicker Fettsack mit langherabhängenden Haaren und deutlichen Spuren von Hunger und Schläferkeit ihre Posten. Er redet unaufhörlich; an seiner Sprache ahnt man, daß sein Gesicht verschwollen ist. Hartnäckig und eindringlich fragt er dauernd: „Nicht wahr?“ — Die Endlaute läßt er weg.

„Ich sag also dem Intendanturbeamten: „Fehlen fünfzehn Dutzend Zwieback für uns Leute, die wir nach der Mehlmühle abruhen.“ Er verlangt eine Bescheinigung vom Hauptmann, nicht wa? Und der Hauptmann, nicht wa, hat mittlerweile ins Gras gebissen! Also, ich sag ihm, er soll mir's von der Löhnung abziehen und noch ein paar Kilo Zucker und Kaffee rausrücken. Man braucht's doch, nicht wa? Dann kommen die Mähren und der Beamte läßt sich nicht mehr sehen. Ich mußte abhauen, zu Fuß necklich, nicht wa; — die Lebensmittel hat das Mährenpaar geschluckt.“

„Wie hieß der Beamte?“ fragt der Gendarm; es klingt wie ein Tadel.  
„Spielt keine Rolle. Er hat's mit dem eigenen Fell bezahlen müssen, nicht wa? Unter uns gesagt: dieser Ritzzug hat eine Menge Intendanten vor dem Kriegsgericht bewahrt. Strich durch — neue Rechnung! Ich weiß, nicht wa, ich weiß Bescheid! Mehr als ein Intendanturbeamter ist hier ausgekommen und hat nichts gehabt, sich den Hintern zu bedenken, als 'ne Nummer vom Krielegebiet (Zeitung), und jetzt hat er drei Häuser, die ihm 'ne heilige Messe Geld bringen, nicht wa?“

Sie hungern alle schon seit drei Tagen; dies Bewußtsein erfüllt sie ganz und gar. Gefahr umlarmet sie. Kozis folgt ein Angriff nach dem andern. Dennoch unerschrocken läßt die Leute über Gleichgültigkeit und fallen so wirkungslos fremde Urteile, daß man sich fragt, ob sie wahrhaftig blind oder hin und wieder aus unruhigem Schlaf aufwachen. Bianca vergißt ganz, seine Lieblingsfrage zu stellen: wer ist Schuld? Dies Haus — kein Heim, sondern ein Wirtshaus zwischen Kavali, Kaitene und Gafangnis, in dem er sich wieder eingeperrt fühlt — wirkt lähmend auf sein Gehirn. Gendarmen, Artilleristen, Bayern und Infanteristen in wirrem Durcheinander, durch den Rest der Disziplin zusammengehalten, die in den Zelblagern in Trümmern ging, sind die Ge-

halten eines Heldengebichtes, das am besten von einem andalusischen Maler vorgetragen und von einem Moritatenmaler dargestellt werden müßte!

Der Tag ist sehr langsam vergangen. Wasser ist da, aber nichts zu essen. Bianca steht immer noch am Fenster und wartet auf einen Mähren, den er erlebigen kann. Vergeblich hat er gebeten, ihn ein paar Stunden schlafen zu lassen; sie haben Tag und Nacht Dienst. Sie schliefen wenig, obwohl sie selbst hartes Reihenschloß erhalten. Die Geschosse der Moritaten schlagen in die abströdelnden Wände um die Fensteröffnungen; die Schlägen sind selten zu sehen. Als es dunkel wird, rast gegenüber auf den Höhen, hinter der Straße und der Bahn, wütendes Schützenfeuer los; die Kugeln treffen mit weichem Aufschlag rund um alle Fenster- und Türöffnungen.

Feldwibel „Nicht wa?“ verteilt den Abwehrendienst im unteren Stockwerk. Draußen flammen wie Sterne die Mündungsfeuer mehrerer Maschinengewehre auf. Eine Granate trifft das Haus, ohne zu zerpringen. Bianca gibt Schnellfeuer, merkt aber plötzlich, daß er nur noch anderthalb Patete Patronen — 75 Stück — besitzt. Darum hört er auf zu schießen, legt sich unter dem Fenster nieder, horcht auf die Abzweige und schweigt. Jeder Schuß voll innen läßt die Wände erzittern, eine Weile scheint das ganze Haus in einem Sturm zu wanken und zu krachen, der während all allen Innentüren rüttelt. Bianca verjagt in Schlaf. Die nächste Schall von Monte Arzuini steigt vor ihm auf, flüchtende Soldaten haben ihm haarsträubende Sachen über das Oberkommando erzählt. Sie hatten Gile, ihre Erfahrungen weiterzugeben, ehe sie sterben, und teilten sie unter wilden Flüchen mit. Zweitmal war man wie zum Selbstmord vergeblich nach der Wasserstelle ausgerückt. Die Kantinenwirtin, die außerhalb der Stellung wohnte, ging jede Nacht zwischen Leuten hin und holte zwei bis drei Krüge voll. Das war natürlich für mehr als tausend Mann gar nichts. „Und das alles“, hatte einer hingeworfen, „um sich auf den Beinen zu halten, bis sie sich ergeben. Denn sie werden sich ergeben.“ Die Soldaten wollten mit aufgestopftem Munde Ausfälle machen, ohne anderen Zweck als aus dem traurigen Werch herauszukommen, in dem sie bei zweiwöchentlichem Vertrocknenen Nachts rüdten kleine Truppen in der Richtung nach Jellun ab; sie wurden in der Ebene unter den Füßen der Pferde zertritten und von dunklen Gehalten zertrüßelt. Bianca wollte sich nicht aufspalten und entfernte sich. (Fortsetzung folgt.)

# Wollen Papen das Urteil nicht anerkennen?

## Merkwürdige offizielle Äußerungen der Rechtspreffe über das Leipziger Urteil

Die „grundtätlich neue Staatsführung“ wird nach den Worten ihrer Träger durch konservative und christliche Politik charakterisiert. Man versucht dem Volk dieses und ähnliches immer wieder einzureden, obwohl zwischen Theorie und Praxis der Papenheimer ein Unterschied besteht wie Tag und Nacht. Schließlich sollte jede „christliche Politik“ Offenheit, Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe zur Voraussetzung haben. Und was sehen wir?

Am 20. Juli hat die Papen-Regierung den Reichspräsidenten durch Notverordnung gegen Preußen folgendes verfügt:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen folgendes:

§ 1. Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichsminister zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichsminister stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichsminister und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

Diese Verordnung hat Herr von Papen bzw. sein Stellvertreter innerhalb zwei Tagen durchgeführt. Sie haben sämtliche preußischen Minister ihres Amtes entheben, ihre Dienstgeschäfte übernommen oder andere damit beauftragt. Demgegenüber hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden, daß diese Umkehrung von Unrecht erfolgt und verfassungswidrig ist, daß ein Reichskommissar zwar eingesetzt werden kann, aber sich niemals das Recht aneignen darf, Landesregierung zu spielen und sich ihre Vertretung vor den verfassungsmäßigen Institutionen anzumäßen, wie es Papen und Reich sowohl gegenüber dem Reichsrat als auch gegenüber dem Landtag getan haben. Insofern steht der Wortlaut der Verordnung vom 20. Juli in diametralem Gegensatz zu dem Spruch des Staatsgerichtshofes. Sie muß also mindestens abgeändert werden.

Die Träger der „grundtätlich neuen Staatsführung“ und christlichen Politik denken darüber jedoch anders. Sie lassen in der rechtsradikalen „Berliner Bärenzeitung“ erklären:

„Im Zusammenhang mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig ist die Frage erörtert worden, inwiefern der Reichspräsident als Vollstrecker des Leipziger Urteils verpflichtet ist. Teile der früheren Kabinettsregierung aufzuheben. Hierzu wird von unterrichteter Seite bemerkt, daß die Notverordnung einwandfrei als rechtsgültig bezeichnet werden kann. Auch die übrigen Maßnahmen des Reichskommissars in Preußen ständen mit dem Urteil nicht in Widerspruch.“

Das heißt, das Urteil des Staatsgerichtshofes vollends auf den Kopf stellen. Der Staatsgerichtshof hat die Verordnung vom 20. Juli mit der Reichsverfassung nur insofern für vereinbar erklärt, als sie den Reichskommissar zum Reichskommissar bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministerien vorübergehend Amtsbezugnisse zu entziehen und sie auf andere zu übertragen. Alles was darüber hinaus in der oben zitierten Verordnung vom 20. Juli festgesetzt wird, hat der Staatsgerichtshof in seinem Urteil und in dessen Begründung ausdrücklich für verfassungswidrig erklärt.

Wenn von maßgebender Seite der Papen-Regierung jetzt dennoch so getan wird, als ob sich das Urteil des Staatsgerichtshofes mit der Gewaltaktion gegen die preußische Regierung vereinbaren ließe, so mag das zwar der konservativen Gesinnung des Herrnkönigs entsprechen, nicht aber der Auffassung, die weite Kreise unseres Volkes von „christlicher Politik“ haben. Sie steht Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit voraus und nicht die Methoden, die jetzt von der „grundtätlich neuen Staatsführung“ an den Tag gelegt werden.

mehr zustandekommen zu lassen, sondern die kommissarische Verwaltung unmittelbar in die Verwaltung Preußens durch das Reich überzuführen, sind nach der Neubestimmung des preußischen Staats und seines Ländercharakters durch den Spruch von Leipzig zerstört worden. Die Existenz einer preußischen Staatsregierung jetzt und in Zukunft ist eine Tatsache, mit der das Kabinett der Barone rechnen muß. Bisher beruhten seine politischen Pläne darauf, daß diese Tatsache nicht mehr gegeben sei — jetzt nicht und in Zukunft nicht.

Hand in Hand mit dieser politischen Niederlage der Barone geht die moralische Niederlage. Das Vorgehen gegen Preußen ist begründet worden auf Artikel 48 Absatz 1, und zwar vorwiegend und in erster Linie. Unter dem Vorwand der Pflichtverletzung und der preußischen Staatsregierung ist man am 20. Juli in der rigorossten Weise vorgegangen, so als ob es gelte, ein Strafgericht zu vollstrecken. Diese entwürdigenden Methoden, die dem Vorgehen das Ansehen erhöhender Gewalttat gegeben haben, waren das Vorbild zu den späteren Methoden der kommissarischen Verwaltung, die nicht nur an sich diktatorisch waren, sondern noch dazu das Gepräge brutaler Diktatur trugen.

In derselben Linie liegt die krasse Suche nach angeblichen Verletzungen und Pflichtverletzungen der preußischen Staatsregierung, das unwürdige Schauspiel der Ausforschung von Beamten, die bisher der preußischen Staatsregierung gebietet hatten, die Benutzung von Charakterchwäche, die Methode der Belohnung durch Advancement, die gewissen Beamten gegeben worden ist. Hierzu gehört die Unterdrückung der nach Agitationsmaterial scheinenden Deutschnationalen, die im preußischen Finanzministerium beliebt geworden ist. Das alles war aufgebaut auf dem Vorwand, daß es sich um eine Exekution gegen eine pflichtvergeßene Regierung handele!

Dieser Vorwand ist gründlich und endgültig zerstört. Weder politisch, noch moralisch, noch rechtlich läßt sich die Exekution auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 noch verteidigen. Gewisse Methoden der kommissarischen Verwaltung, so die nachträgliche Materialsuche, haben in der Begründung des Spruches

von Leipzig eine moralische Beurteilung erfahren, die nicht stark genug unterstrichen werden kann.

Trotzdem aber scheint die kommissarische Verwaltung und das hinter ihr stehende Kabinett der Barone nicht daran zu denken, daraus moralische Konsequenzen zu ziehen. Man hat sich zwar eine politische, rechtliche und moralische Niederlage zugezogen. Aber man beharrt trotzdem bei diesem nicht zu rechtfertigenden, nicht zu begründenden, nicht zu bedenkenden Vorgehen vom 20. Juli. Man denkt nicht daran, moralisch die Position zu verlassen, die man verloren hat. Mit dieser Haltung untergräbt das Kabinett der Barone sich noch weiter, als es bisher schon der Fall war!

Gerade im moralischen Punkte aber bedarf das Urteil von Leipzig dringend der sofortigen Wollstreckung. Das Kabinett der Barone hat den Reichspräsidenten in eine überaus schwierige Lage gebracht, als es ihm ein Vorgehen gegen Preußen vorschlug, das rechtlich und moralisch unbegründet war, und als es die Verordnung des Reichspräsidenten vollstrecken ließ in Form, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes auf das schwerste verurteilt worden sind. Das Kabinett der Barone stellt sich tot. In der Hand des Reichspräsidenten liegt es nun, einen Strich unter diese Methoden zu ziehen. Für ihn handelt es sich nun darum, der preußischen Staatsregierung nicht nur Recht, sondern auch Billigkeit widerfahren zu lassen, und das zu veranlassen, wogegen sich die kommissarische Verwaltung in Preußen und das Kabinett der Barone offenbar zu sträuben scheinen. Daß der Reichspräsident den preußischen Staatsministern diese Billigkeit widerfahren läßt, ist schließlich eine selbstverständliche Anstandsspflicht.

### Neuer Krach an der Wiener Universität

Am der Wiener Universität kam es am Mittwoch zu blutigen Zusammenstößen. Nazi-Studenten, die mit Kommunisten und Sozialisten verfeindet waren, überfielen sozialistische Studenten und schlugen sie nieder. 15 Studenten wurden schwer verletzt. Schließlich wurde die Universität geräumt und gesperrt.

### Neuwahlen in Belgien

Die Regierung Broqueville hielt am Dienstag abend ihren ersten Ministerrat ab. Sie beschloß, das Parlament aufzulösen und die Neuwahlen auf den 27. November auszuschieben. Eine Woche später, am 4. Dezember, finden die Neuwahlen zu den Provinzparlamenten statt, die ihrerseits einen Teil des Senats zu wählen haben. Obwohl der Etat noch zu erledigen bleibt, scheint man sich mit der Wiedereinsetzung des neuen Parlaments reichlich Zeit lassen zu wollen. Die beiden Kammern sollen erst am 20. vielleicht erst am 26. Dezember zusammentreten.

### Und der Reichspräsident?

Wo bleibt sein Votum zu dem Leipziger Spruch?

Das Kabinett der Barone und seine Kommissare in Preußen stellen sich tot. Herr von Papen war am Mittwoch nicht in Berlin, sondern zur Jagd bei Verwandten in Bitterfeld.

In den Kreisen der Papen-Regierung und seiner ausführenden Organe in Preußen zeigt sich kein besonderer Eifer, den Rechtspruch von Leipzig durchzuführen. Man will sich offenbar Punkt für Punkt widerwillig abringen lassen. Vielleicht denkt man sogar daran, noch Prozesse um leben einzelnen Punkt neu zu führen. Diese Haltung ist nicht nur ein Ausfluß besonderer Hartnäckigkeit, sie zeigt auch die tödliche Verlogenheit, in der diese Kreise sich befinden. Worauf wartet man denn? Wahrscheinlich werden „binnen kurzem in Preußen neue Verhandlungen über die Bildung einer schwarzbraunen Regierung geführt werden. Wenn die kommissarische Verwaltung die Dinge bis zu diesem Zeitpunkt hinschiebt, wird der Dualismus viel ernster werden als jetzt, wo die Situation in jeder Hinsicht provisorischen Charakter trägt. Die Pläne und Hoffnungen, die darauf hinauslaufen, überhaupt keine Regierung in Preußen

# Abchluss im Kreuzburger Prozeß

## Mußol und Döbrich handelten in Notwehr — Die Angreifer von Bittendorf verurteilt

Gestern nachmittag wurde in Kreuzburg der vor der Opperlner Großen Strafkammer geführte Prozeß gegen die an dem Überfall auf die Eisenerne Front am 14. Februar in Bittendorf, Kreis Kreuzburg, beteiligten Nazi- und Stahlhelmleute zu Ende geführt. Verurteilt wurden die Angeklagten Fr. Stempel zu 30 Mark, Fr. Bittchen zu 50 Mark und W. Klebus zu 30 Mark Geldstrafe, ferner wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit politischen Gewalttätigkeiten und Waffenmißbrauch H. Winkner zu 9 Monaten, P. Krzuz und S. Wruß zu je 7 Monaten, A. Dorn zu 4 Monaten und E. Blachte zu 3 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

In der sehr ausführlichen Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Gospos:

Nach all dem Vorgelassenen steht es für das Gericht fest, daß schon das Eindringen der Angeklagten in die geschlossene Versammlung der „Eisernen Front“ als strafbare Handlung zu werten sei. Das Gericht hat aber nicht die Überzeugung, daß sich die Angeklagten dessen bewußt waren. Aus subjektiven Gründen konnten sie also nicht wegen Hausfriedensbruchs verurteilt werden. Bei Klebus, Winkner, Bittchen und Fris Stempel ist jedoch erwiesen, daß sie sich beim Eindringen in den Saal einer Körperverletzung strafbar gemacht haben.

Mit Rechtsanwalt Dr. Braun steht das Gericht auf dem Standpunkt, daß mit dem Eintreffen der Bittchener SA. noch kein Landfriedensbruch vorlag. Doch sei die Alarmierung der SA. eine der Hauptursachen des blutigen Vorfalles. Große moralische Schuld trägt die leider nicht festgestellte Person, die die SA. telefonisch herbeiführte, ohne daß dazu ein Grund vorlag. In der Zusammenrottung der Menge vor dem Versammlungsort steht das Gericht im Gegensatz zu Dr. Braun ebenfalls nach keinem Landfriedensbruch. Freilich war für die Menge keine Berechtigung vorhanden, Mußol und Döbrich zu beschimpfen. Wäre wegen Beleidigung ein Strafantrag gestellt gewesen, dann hätten alle Angeklagten deswegen bestraft werden müssen.

Erst von dem Zeitpunkt an, da der Landjäger die Nazis aufforderte, aus dem Wege zu gehen und zurückzubleiben, sieht das Gericht den Tatbestand des Landfriedensbruchs für gegeben und erkennt an, daß Mußol und Döbrich sich begreiflicherweise bedroht fühlten.

Der Gebrauch der Waffe durch Mußol war daher nur ein Akt der Notwehr!

Die Angeklagten hatten folglich auch keinerlei Berechtigung, gegen Mußol und Döbrich vorzugehen und ihnen die Waffen wegzunehmen. Da es keine Notwehr gegen Notwehr gibt, haben sich die Angeklagten hier zweifelsfrei schuldig gemacht. Hinsichtlich der Strafzumessung — die in einem auffallenden Gegensatz zu den sonst üblichen Sätzen für Landfriedensbruch bei links eingestellten Angeklagten steht — berief sich der Vorsitzende auf die Erklärung des Vertreters der Nebenkläger, Gen. Dr. Braun-Magdeburg, der es in seinem Blätterausdruck ausdrücklich abgelehnt hatte, etwa hier nun ebenso egozistische Strafen zu fordern.

### Kampf um Kartoffeln

Wolffs Schieferer Landesdienst meldet aus Altheide: Die Kartoffelfelder und Kartoffelmieten des Rittergutes Wallisfurth bei Altheide wurden in der letzten Zeit wiederholt von Wünderern heimlich geplündert. Zur Abwehr wurden nächtliche Kontrollgänge eingerichtet. Dabei überzählten der Inspektor und der Sohn des Besitzers eine Bande von Kartoffeldieben in voller Tätigkeit. Die Diebe gingen sofort zu Tätlichkeiten über, und der Inspektor erhielt dabei einen so heftigen Schlag mit einer Kartoffelgabel über den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Als sein Begleiter daraufhin von der Waffe Gebrauch machte, flüchteten die Diebe und ließen einen Wagen zurück. Daburch erlitt schnell gelungen, die Täter zu überführen; es handelt sich um Einwohner aus Walldorf und Küders, von denen einer durch einen Schuß verletzt wurde.

### Arbeitsstod!

Am Bahnhof Schweinitz-Oberstadt geriet gestern mittag beim Abfahren von Eisenbahnzügen eine Schiene ins Rollen, wobei sie zwei Arbeiter niederbrückte. Der Arbeiter Klose aus Buzelwitz wurde derart schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Bahnarbeiter Flegel aus Lützenberg erlitt durch die herabfallende Schiene sehr schwere Verletzungen am Bein und mußte sofort nach dem Krankenhaus übergeführt werden. Der tödlich verunglückte Klose steht im Alter von 33 Jahren, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

### Wo ist Dorf Schulz?

Die Bemühungen der Kriminalpolizei, Licht in das Dunkel über das geheimnisvolle Verschwinden des zehnjährigen Sohnes Hofst des früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Richard Schulz — des berühmtesten „Hundepack-Schulz“ — zu bringen, haben gegenwärtig einen gewissen Stillstand erreicht. Der Regierungspräsident zu Breslau hat daher auf Antrag der Kriminalpolizei eine Belohnung von 500 Reichsmark für die Auffindung des verschwundenen Knaben oder seiner Leiche ausgesetzt.

### Die alte Jungfer.

„Irma, ich will ja heiraten, wenn es sein muß“, sagte Kurt Winter mit trauriger Stirn zu seiner Schwester, aber muß es denn eine Freundin von dir sein, die schon 41 Jahre ist? Hast du für deinen netten Bruder keine Jüngere? Ich bin doch mit meinen 45 als Mann noch in den besten Jahren. Warum soll ich denn eine alte Jungfer heiraten, die bisher keiner gewollt hat?“

„Du irrst dich, mein Lieber; Helene hätte schon längst heiraten können, aber sie liebte ihre Freiheit genau so sehr wie du. Sie kann jeden Tag zehn andere haben, wenn sie will.“

„Na hoffentlich, dann bin ich sie wenigstens los.“

„Helene, melde das Mädchen. Kurt hat nichts auf die Uhr. Unpünktlich ist sie auch, hat sich eine Viertelstunde verspätet. Schon nichts für mich.“

„Woh, nicht so laut“, warnte Irma. „Sie kann es doch hören.“

„Wenn schon, der Teufel mag sie holen.“

„Wen soll der Teufel holen“, sagte eine verärgerte Stimme an der Tür. „Doch nicht etwa mich?“

„Nein, nein, nein um Gottes-

willen“, stotterte Kurt aufs höchste vorlegen, als er sich einer ganz entzückenden Frau gegenüber sah. „Nein, nein, ich meine... ich dachte... ich sprach von einer uralten Erbtante.“

„Kurt“, sagte Irma lachend, „mache ein etwas kühneres Gesicht. Sage lieber, wie Helene dir gefällt. Habe ich zuviel gesagt?“

„Biel zu viel“, plätsch Kurt heraus, „mindestens 10 Jahre!“

„Wieso“, fragte Helene lachend, „hat Ihre Schwester erzählt, daß ich 50 bin?“

„Nein, aber 41 hat sie Ihnen gegeben!“

„Das stimmt doch, ich werde nächstens 42.“

„Dann sind Sie eine Zauberin.“

„Das kann jede Frau lernen“, sagte Helene lachend; „ich will mich nämlich ein wenig.“

Interessiert rückte Irma näher. „Ist es ein Geheimnis oder kannst du zu diese Wundermittel nennen?“

„Aber natürlich! Ich lege meine Haut mit Marglan-Creme.“

„Marglan-Creme“, sagte Kurt starr, „die nimmt mein Freund immer nach dem Rasieren und ist davon ganz begeistert. Ist das dieselbe?“

Helene nickte. „Kannst du sie mir nicht gleich besorgen?“ fragte Irma bittend.

„Das kannst du selbst tun. Die Marglan-Creme — über 25 000 notariell beglaubigte Anerkennungsschreiben bestätigen das — ist ein wirkliches Schönheitsmittel. Rache nur den Verlust, der nichts kostet. Du tust einen Gratisbezugsein in einen offenen Umschlag, den du mit 4 Pfennigen frankierst. Auf die Rückseite schreibst du deine Adresse, das ist alles. Dann erhaltst du kostenlos und portofrei eine Probe der Marglan-Creme und ein lehrreiches Büchlein über kluge Schönheitspflege.“

„Bitte bestelle auch gleich für mich“, sagte Kurt und wusch Helene einen verklärten Blick zu, den Irma nicht bemerkte, weil sie schon eifrig mit Schreiben beschäftigt war.

Gratisbezugsein: In den Marglan-Betrieb, Berlin 428, Friedrichstraße 24. Senden Sie mir bitte völlig kostenlos und portofrei eine Probe Marglan-Creme und das lehrreiche Schönheitsbüchlein mit Abbildungen.



Wir sind stolz darauf unseren Kunden die reinsten u. feinsten Branntwein- u. Getreidekornmarken In Breslau verkaufen zu können!

Fache-Branntwein-Marken:

- Feiner Breslauer Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.50
Feiner alter Breslauer 25% Ltr.-Fl. 1.60
Fache Edelmarke mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 29% Ltr.-Fl. 1.80
Fache Kream die führende Qualitätsmarke, rassis, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl. 2.-
Fache Exquisit pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 36% Ltr.-Fl. 2.40

Fache-Getreidekorn-Marken:

- Fache Weizenkorn der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz 32% Ltr.-Fl. 2.30
Fache Roggenkorn die Elite-Qualität 32% Ltr.-Fl. 2.30
Fache Getreidekorn unsere Standardmarke, etwas ganz Ausserlesen 37% Ltr.-Fl. 2.70
Jagdkorn (Doppelkorn), vollaromatisch, rassis, ebenbürtigen führenden Marken, Kontinents 47% 0.8 Ltr. in Original-Steinkrügen 2.60

Qualität, Bekömmlichkeit, Alkoholstärke und Preis achten und mit anderen Fabriken vergleichen.

Arbeiter-Sport

Athletik

Sportkämpfe der Arbeiter-Athleten! Der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes, beginnt am Sonntag, den 20. Oktober mit seinen Mannschaftskämpfen...

Wassersport

Freie Kanu-Vereinigung Breslau e. B. Donnerstag, 20 Uhr. im Heim Paradiesstraße 17, Männerversammlung. - Sonntag, 8 Uhr, Arbeitssport im Bootclub.

Gesundheitliches

Es lohnt sich, einen Sitz in die Schaulenken von Kaisers Kaffeegeschäft zu werfen. In diesen Fenstern stehen jetzt wertvolle Porzellan-Bonbonnieren, gefüllt mit köstlichen Pralinen und feinem Gebäck...

Sparen - sichere Voraussetzung für wirtschaftliche Befundung Ein Aufruf der Sparkassen der ganzen Welt

Bei der gegenwärtigen Lage der internationalen Politik und Wirtschaft hat man selten von gemeinsamen Aktionen der Staaten...

Die Wahrung weiß denen, die mittel- oder unmittelbar in öffentlichen und privaten Verträgen zu erfüllen des Spargeldes...

Amthlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieten

Der unruhige westerliche Witterungscharakter hält über Mitteleuropa unverändert an. Hinter der mit ihrem Zentrum über Dänemark...

Table with weather data: Wasserstand, Rattbor, Reife (Stadt), Freigebund (Unt. Pegel), Brigg (Wallenfrau), Treiben, Juniern (Unter-Pegel), Puheliluth, Durchflummernge (aufndl.), Wartenberg vom 26 10, Waffertwärme + 9.5

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Familien-Anzeigen

Am 25. Oktober verschied nach schwerem Leiden unser Mitglied Frau Luise Wagner geb. Ballig im Alter von 53 Jahren.

Am 25. Oktober verschied nach schwerem Leiden unsere Genossin Frau Luise Wagner, geb. Ballig im Alter von 53 Jahren.

Am 25. Oktober 1932 verschied unser Mitglied, der Oberwachmeister der Schutzpolizei Karl Schlesinger im Alter von 43 Jahren.

Wänder-Versteigerung. Berliner Platz 2 am Donnerstag, 3. November 1932, vorm. 9 Uhr gelbe Scheine bis Nr. 89 000

Uhren u. Goldwaren Spezialität Fagenlose Trauringe Paul Alter

Bettfedern laufen Bettromenofade der Böhmisches Bettfedern-Niederlage Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg. Kein Laden!

Ich habe stets die Sonne und das Licht, Darum verbrannt mich und begrabt mich nicht. Am Dienstag, morgens 1/3 Uhr, verschied nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Schwiegermutter Frau Luise Wagner geb. Ballig im Alter von 53 Jahren.

Die Frauenwelt im Urteil des Rundfunks Im Mitteldeutschen Rundfunk sprach am 9. Juli Frau MIRA von HOLLANDER über das Thema: Frau zu Hause. Über die 'FRAUENWELT' urteilte sie hervorragend wie folgt:

Die Frauenwelt im Urteil des Rundfunks In einfacher, preiswerter, aber künstlerisch geprägter Aufmachung für billiges Geld, bietet den proletarisch eingeeengten Haushaltungen - vor allem der außer Haus berufstätigen Hausfrau - der Verlag Dietz, Berlin, mit seiner von Toni Sender herausgegebenen 'Frauenwelt' ein nützliches Fachblatt...

STADTHEATER Donnerstag, 20 bis gegen 23 Der Freischütz Freitag, 1931 bis 23 Der Teufelsreiter Sonnabend 20 bis gegen 23 Abonnements-Vorstellung G 4 Der fliegende Holländer

LOBETHEATER Täglich 20.15 bis 22.30 Sonntag, 15.30 bis 17.45 Die endlose Straße Sonnabend, 20.15 Zum 1. Male Shakespeare Romödie der Irrungen in neuer Fassung von Hans Hofhe

GERHART-HAUPTMANN-THEATER Täglich 20.15 bis 22.15 Sonntag, 15.30 bis 17.30 Meine Schwester u. ich Sonnabend, 20.15 Zum 1. Male Donnerstag, 17. April Schauspiel v. Ludwig Büchy

SCHAUSPIELHAUS OPERETTENTHEATER Nur noch 5 Tage! Tägl. 2 x 16.30 u. 20.15 Uhr Der fidele Bauer nachm. 30 - 1.25 abends: 30 - 2.50 Vorvert. Täglich ab 10 Uhr Theaterkasse, Telefon 363 00. Sonntag nachm. Abendpreise. Ab Dienstag Der letzte Walzer

Bettstellen sehr preiswert poliert, mit Patent und Auflage 60 Mk. Teilzahlung gestattet! A. Nowojsky Weidenstraße 23/24

Streifen-Lauf-Rosen gute Qualitäten 3.25 2.75 2.45 A. Malinowitzer Klosterstraße 23.

Die kleine Anzeige die Du ansetzen magst, wenn Du arbeiten, verkaufen und lernen willst, gehört in Deine Zeitung in die Ballswacht!

Genossen Genossinnen Eure Familienanzeigen der Volkswacht

Advertisement for Oskar Dehmel featuring an illustration of a man and a woman in coats. Text: Für Sie und Ihren Jungen habe ich die Anschaffung von Herbst- und Winterkleidung recht leicht gemacht. Erhöhte Auswahl von Herbst-Mänteln Regen-Mänteln Winter-Mänteln Anzügen in unvergleichlicher Güte und Preiswürdigkeit.

Advertisement for Oskar Dehmel featuring an illustration of a man and a woman in coats. Text: Teppiche, ca 200x300 cm, nur 8.75. Schöne Teppiche, praktisch für 200.6.50. Dünne, reile, billig, Friedländer, Sonnenstr. 30. Arbeitsmarkt Nebenverdienst! Lauflinien, fleißig, sauber, mit Rad, wochentlich 3 mal 4 Stunden gelocht. Bewerb. m. Lohnantrag u. A. E. 9874 Geschäftst. d. 3. Bettstühle Bettzimmer i. Obbau- od. Strohener Tor lücht ig andl. Etpaar. Bettm. verb. Off. unt. B. 135 an die Ballswacht. Blumstr. 4. Grotes Leerrzimmer billig zu vermieten: Ballstr. 67, ptr., rechts. Bettstühle Bettzimmer Bettstühle, Eispfand, Bettstühle mit Matratze, groß, Gasofen billig zu verk. Karlsruher 43, 9 bis 1 Uhr. Winterwolle Schöner, Lage 18. W. Friedländer, Sonnenstr. 30. Arbeitshofen für alle Berufe (Vog u. Schmitt) Rywalski, Schneiderstr. 29/30. Mittelstr. 12. Schwarzer Heren Wintermantel, große Figur, Knab, Anzug, 9-10 Jahr, hochw. waldfarbe 28, 2. Etage. Kinderbettstellen zu verlauf. Adler, Halapanstraße 17.

Breslauer Nachrichten

Sie deine gelesene Zeitung weiter!

Das ist in Zeiten politischer Hochspannung dringend notwendig. Tausenfach notwendiger noch ist es jetzt im größten aller Wahlkämpfe. Die Reichstagswahl bringt folgenschwere Entscheidungen. Da gilt es, mit allen Mitteln und mit aller Kraft für die Sozialdemokratie zu werben. Eines der wichtigsten Propagandamittel ist und bleibt die sozialdemokratische Tageszeitung.

Frauen und Männer von der Eisernen Front! Genossinnen und Genossen! Erfüllt die kleine Pflicht, eure Zeitung an Nachbarn, Freunde und Bekannte weiterzugeben.

Du kannst sie selbst in den Briefkästen des Nachbarn stecken. Dein Junge oder deine Tochter kann sie den Bekannten um die Ecke bringen — wenn du aber einen Indifferenten für unsere Sache gewinnen willst, der weiter von dir entfernt wohnt, dann überbringe das kleine Opfer von drei Pfennigen, das für das Porto eines Kreuzbandes notwendig ist, und schicke deine Zeitung per Post an den Bekannten. Die kämpfende Eisene Front wird es dir immer danken. Du brauchst nicht täglich das Porto auszugeben und das Kreuzband wegzuschicken — es genügt, die Zeitungen einige Tage zu sammeln und sie dann zu verpacken.

Millionen lesen in Deutschland die sozialdemokratische Tageszeitung. Wenn nun diese Millionen alle im Wahlkampf ihre Zeitung weitergeben, dann leisten sie eine gewaltige politische Aufklärungsarbeit, die durch nichts übertroffen werden kann.

Leserinnen und Leser! Freundinnen und Freunde! Ihr alle könnt in diesem gigantischen Kampf für den Sieg der sozialistischen Sache kämpfen. Wer nicht reden kann, wer nicht auf den Gegner trifft, der hat seine sozialdemokratische Zeitung, die er zu Aufklärung verschicken kann. Diese Arbeit kann und muß von jedem und von jeder vollbracht werden.

Niemand stehe nach! So können alle helfen, den volksfeindlichen Gegner niederzurufen. Gebt im entscheidenden Wahlkampf, gebt heute schon eure Zeitung zur Aufklärung weiter und auch ihr könnt sagen: Wir sind dabei gewesen, als es galt, die Volksfeinde zu vernichten. Die Macht dem Volke, nicht den Silberbaronen! Schafft Aufklärung im Volke. Schon Lügen die Nazis, daß sie nichts mit der Papen-Regierung zu tun hätten. Jetzt steht, daß ohne Nazis diese Regierung nie möglich gewesen wäre.

Schafft Aufklärung! Gebt eure Zeitung weiter!

50 Jahre Schauspiel

Fünfzigjähriges Bühnenjubiläum des alten Brud

Mir alle, die mit die Vorstellungen der Volkstheater in den Vereinigten Theatern besuchen, kennen ihn, den alten Brud. Seit Jahren ist er schon der älteste Schauspieler hier in Breslau und sein Charakterkopf ist weit über die Theaterbesuchenden Kreise hinaus bekannt. In besonderer Erinnerung haben ihn noch unsere älteren Genossen. Als im Jahre 1913 auf den Wint des Kronprinzen hin das Gerhart-Hauptmann-Festspiel verboten wurde, war es Brud gewesen, der im neuen großen Saale des Gewerkschaftshauses den Breslauer Arbeitern das Festspiel zu wiederholten Malen vorlas. Großer stürmischer Beifall dankte dem schon damals betagten Schauspieler für seine mit viel immerer Ueberzeugung würdevoll wiedergegebenen Szenen. Wenn auch heute schon durch sein Alter sein Rollenfach begrenzt ist, so war er doch in früheren Jahrzehnten ein viel beachteter Charakterdarsteller und zeitweilig auch als Regisseur tätig. Und wenn er auch heute still und zurückgezogen in seiner beschriebenen möblierten Wohnung in der Klosterstraße haust, so ist er doch einst mit seiner Kunst weit durch die Welt gereist, war drüben in Amerika, unten im Orient und in einer großen Reihe deutscher Städte tätig. Breslau war und blieb gewissermaßen sein Stammland. Schon im Jahre 1887 unter Direktor Brandes spielte Brud hier in Breslau. 1915 kam er unter Gortler wieder an die hiesigen Schauspielbühnen und sodann holte sich dann später den bewährten Schauspieler ebenfalls in sein Ensemble. Nun ist der alte Brud fünfzig Jahre auf der Bühne und noch nicht ganz 70 Jahre alt. Wir haben also die Hoffnung, ihn noch öfters auf den beiden Bühnen hier in Breslau zu sehen.

Selbstmord eines Ehepaares

In der Wildenbruststraße haben gestern der 52jährige Anzengrünigebauer Arthur G. und seine 39jährige Ehefrau gemeinsam ihr Leben beendet, indem sie sich mit Gas vergifteten. Das Ehepaar war erst vor wenigen Tagen aus Dresden kommend, hier angekommen und hatte sich in der Wildenbruststraße als Untermieter eingequartiert. Als gestern abend der Wohnungsinhaber aufmerksam wurde und das Zimmer öffnete, waren die Eheleute bereits tot. Was sie daranlocht haben mag, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, bedarf noch der Aufklärung.

Eltern der Sammelschule 2

Die Mißstände, die seit Monaten an unserer Schule eingetreten sind, bedürfen einer baldigen Klärung. Der Elternbeirat unserer Schule hat daher beschlossen, für Montag, den 31. Oktober, 19 1/2 Uhr, nach dem Zentral-Saal, Westendstraße, eine allgemeine Elternversammlung einzuberufen. Erscheint deshalb alle in dieser wichtigen Versammlung, denn es geht um das Wohl eurer Kinder.

Harzburg kracht das Volk erwacht!

Unter diesem Thema finden heute, den 27. Oktober, 20 Uhr

6 öffentliche Kundgebungen

in folgenden Lokalen statt:

- Schießwerder
Wollin, Frankfurter Straße
Wratlawia, Mauritiusplatz
Jägerhof, Gräbschener Straße 181-183
Reichsadler, Breslau-Tschansch
und Trenner, Breslau-Goldschmieden

Redner:

- Landtagsabgeordneter Kuttner, Berlin
Landtagsabgeordneter Winzer
Bürgermeister Mache
Vorsitzender der SPD, Zimmer
Stadtverordneter Karl Pietsch
Vorsitzender des ADGB, Ruffert

Musik \* Arbeiter-Sängerchöre \* Sprechchor \* Aufruf an die Frauen!

Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf., Reservierte Plätze (nur Schießwerder) 1 Mk. • Karten zu haben: Volkswachtbuchhandlung, Büro der SPD., Reichsbanner und Gewerkschaften sowie Büfett des Gewerkschaftshauses

Kampfleitung der Eiserne Front

SWP-Klub macht „Wahlversammlung“

Es war aber nur eine mäßig besuchte Mitglieder-Zusammenkunft, bei der auf die gesamte übrige Arbeitererschaft viel geschimpft, aber nichts Positives gesagt wurde

Die Arroganz der Sapler-Sekte hier in Breslau, mit der sie die Auffassung ihrer Nichtkandidatenpartei, für die alleinige richtige und alle anderen Millionen-Parteien der Arbeitererschaft für verräter an der Klasse ansieht, nimmt geradezu groteske Formen an. Man kann ihr gegenüber nur ein wehleidiges Lächeln haben. Wer gestern wieder ihre voller Illusionen erfüllte, aber von Besuchern schlecht gefüllte Wählerversammlung sah, empfand deutlicher als je den völligen Bankrott dieser Defektware von einst.

Man muß sich überhaupt wundern, daß die SWP, noch zur Wahl aufruft, obwohl Edstein sie von vornherein als bedeutungslosigkeits beurteilt hat, andererseits aber wieder behauptete, sie sei eine politische Demonstration. Außer großen Eitelkeiten, die Edstein wieder fabrizierte, wandte er sich wie üblich gegen die Politik der Freien Gewerkschaften und gegen die verfehlte Politik der KPD. Er warf den Gewerkschaften vor, daß sie am 20. Juli 1932 nicht zum Generalkongress aufgerufen haben, müßte dann aber zugeben, daß auch die SWP, nach einhalbstündiger Beratung den Generalkongress ablehnte und daß die KPD-Zentrale

umherzupfen, bewiesen seine Behauptungen, daß wenn es schon 1914 eine SWP gegeben hätte, der Krieg nicht bis 1918 gedauert hätte, und wenn es 1919 eine SWP gegeben hätte, wir heute anders dastünden. Ja, wenn das Wort und Aber nicht wäre, warum hat denn der Schlaupost Fabian nicht damals eine SWP gegründet? Warum hat auch er die Politik der SPD bis 1931 aufgegeben und mitgemacht? Die SWP aber ist klug und weise, sie schimpft auf die KPD und SPD, und denkt allein den Stein der Weisen gefunden zu haben. Die Arbeitererschaft ist allerdings anderer Meinung und verfaßt der über allen Parteien erhobenen SWP von Wahl zu Wahl immer mehr die Gefolgschaft. Aber die Wahl ist ja bedeutungslos, sie ist nur eine politische Demonstration, sagt der hoffnungsvolle Reichstagskandidat Edstein!

In den Rahmen dieser Klub-Zusammenkunft paßten sehr gut die Diskussionsrede des verbrecherischen KPD-Führers Brodke und die wirren Reden eines Syndikalisten.

Abchluss des Balkonschmuck-Wettbewerbes

415 Teilnehmer wurden prämiert

Schon seit einer Reihe von Jahren veranstaltet der Bezirksverein Breslau in Gemeinschaft mit der Bezirksgruppe Breslau im Reichsverband des Deutschen Gartenbaues und der Breslauer Stadtgärtner ein Balkonschmuck-Wettbewerb, der für zahlreiche Breslauer ein Ansporn ist, ihren Balkon zu schmücken und so das Straßenbild verschönern zu helfen.

Im großen Saal des Vinsenzhauses versammelten sich gestern die Teilnehmer des diesjährigen Wettbewerbes, denen von dem Preisgericht ein Preis zuerkannt worden ist. Von den 557 angemeldeten Blumenfenstern waren 415 prämiert worden. Vom Preisamt dankte Direktor Salama für die in diesem Jahre besonders große Beteiligung und Gartenbaudirektor Danenberg sprach über die Arbeit der Preisrichter und den Sinn dieses eigenartigen Wettbewerbes, der dazu beitrage, dem Breslauer Stadtbild seinen Stempel aufzudrücken. Leider habe der diesjährige Wettbewerb gezeigt, daß unter dem Druck der Wirtschaftskrise auch die Aufwendungen für die Ausschmückung von Blumenfenstern zwangsläufig zurückgehen.

Die letzte von dem Redner angeführte Tatsache, die ganz besonders bezeichnend für unsere heutigen Verhältnisse ist, kam auch bei der Preisverteilung zum Ausdruck. Es gelangten bedeutend weniger Preise zur Ausgabe gegenüber den zurückliegenden Jahren. Insgesamt kamen 29 erste, 148 zweite und 238 dritte Preise zur Verteilung. Stadtgärtner und Bezirksgruppe des Reichsverbandes der Gartenbauer hatten die 415 Preise zur Verfügung gestellt, die für die ersten Preise in Rosenpalmen, Zimmerindien und Zimmerkannen, für die zweiten Preise in Atern, Papyrus, Oleander, Asparagus-Töpfen und für die dritten Preise in Primeln, Alpenveilchen und zahlreichen anderen Topfgewächsen bestanden. Mit Begünstigung und mehr oder weniger großen Blumenkäpfen krönten die „Sieger“ aus dem Vinsenzhause und mancher Passant wunderte sich, was da eigentlich los gewesen sein mag. Es gab gleich neue Interessenten, die ebenfalls ganz gern eine Blume mitgenommen hätten, aber sie mußten erfahren, daß man heute so leicht nicht einen Blumentopf gewinnen kann.

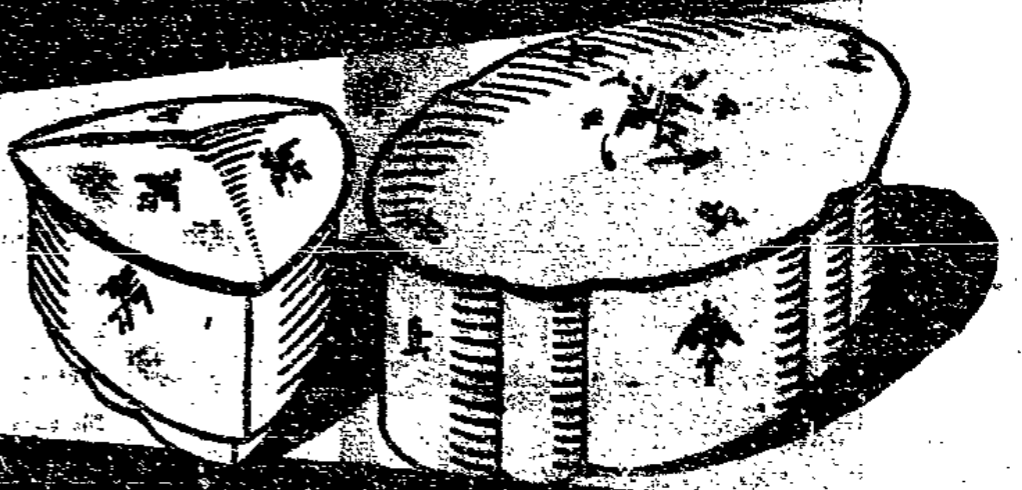
— und darum wählt jeder Prolet nicht die aussichtslose Liste einer Splitterpartei, sondern nur die größte deutsche Arbeiterpartei auf Liste 2

in Berlin zu demselben Ergebnis kommen mußte. Eine solche Schaulustigkeit hat wohl noch niemand außer Edstein ausgeübt. Der denkende Zuhörer mußte sich bei diesen Ausführungen, die mit einerseits und andererseits begründet wurden, an den Kopf fassen, denn so einen kompletten Unsinn hat man schließlich doch nicht erwartet. Aber für die völlige Richtungslosigkeit der SWP waren diese Worte ein charakteristisches Symptom. Einmal aber schien es fast so, als ob das finstere Gehirn Edsteins wie von einem Fadelzug erleuchtet worden wäre, nämlich als er gegen seine sonstige Gewohnheit flüsternd darlegte, daß die SWP, wahrscheinlich wieder kein Mandat im kommenden Reichstag haben würde und daß er, wahrscheinlich wieder nicht gewählt werden wird. Nun, wir können Edstein versichern, daß er bestimt nicht gewählt und niemals gewählt werden wird und das eben die SWP, niemals ein Mandat erhalten wird. Aber Edstein hat die Hoffnung auf ein Mandat anscheinend noch nicht ganz aufgegeben und mißt sich getrost in diesen Illusionen; behauptete der Versammlungsleiter am Anfang sogar noch, daß die SWP, nach dem 6. November nicht nur noch, sondern auch weiter leben werde. Viel Glück dazu!

Der zweite Redner des Abends Fabian-Dresden erging sich in theoretischen Erörterungen und wußte darin tatsächlich nichts neues vorzubringen. Welche Hirnspinnweben auch bei ihm

Ein Blick in unsere Fenster

zeigt Ihnen jetzt unsere schönen Weihnachts-Bonbonnieren, die Sie leicht durch Kaiser's Weihnachts-Sparbuch erwerben. Ausserdem erhalten Sie 5% Rabatt. — Viel Freude macht da der Einkauf der guten und billigen Kaiser's Erzeugnisse.



KAISER'S KAFFEE GESCHAFT

- Filialen: Breslau: Bohrauer Straße 18, Frankfurter Straße 117
Frankfurter Straße 175/177, Friedrich-Wilhelm-Straße 33, Gartenstraße 85
Gräbschener Straße 24, Herzogstraße 27, Hohenzollernstraße 47/49
Höfchenstraße 67, Klosterstraße 23/25, Matthiasstraße 105
Michaelisstraße 39/41, Ohlauer Straße 28, Ring 57
Stadtstraße 15, Scheitinger Straße 19, Viktoriastraße 121
Breslau-Dresden-Löbn: Neumarkter Straße 15

**Eindreher betätigten sich**

In der Nacht zu Mittwoch wurde in eine Gaststätte in der Gartenstraße eingebrochen. Man holte aus der Registrierkasse 10 Mark Wechselgeld und nahm überdies noch einen dunkelbraunen Herren-Wintermantel mit. — Eine der letzten Nächte betätigten Eindreher, um aus einem Stalle, der im Hofe eines Hauses in der Paradestraße steht, ein Hühner zu stehlen. — In der gleichen Nacht hielten unbemerkt entkommene Lämmer aus einem Stalle eines Schrebergartens in der Morgenaustraße vier Kaninchen. — Drei Hühner wurden aus einem Stall in der Stabskammer gestohlen. — Von einem Handwagen, der am Dienstag vormittag in der Heiligegeiststraße stand, verschwand unbemerkt eine Kiste mit 250 Eiern.

**Russische und polnische Sprachkurse**

Wie in den früheren Jahren so wird das Osteuropa-Institut auch in diesem Wintersemester russische Sprachkurse veranstalten. Neu eingerichtet werden ferner in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Handelskammer polnische Sprachkurse. Die Kurse dienen nicht wissenschaftlichen, sondern praktischen Zwecken und sind daher Angehörigen aller Berufe zugänglich; sie sind für Anfänger und Fortgeschrittene getrennt. Der Unterricht findet in jedem Aufsatzwöchentlich in den Abendstunden statt. Die Anmeldung erfolgt in der Zeit von 8—14 Uhr in der Bibliothek des Osteuropa-Instituts, Neue Sandstraße 18. Beginn 3. und 4. November.

**Silberhochzeit**

feiert heute der Genosse Max Beschorner, Mauritiusstraße 7, mit seiner Ehefrau, geb. Kordischke. Beschorner ist Parteimitglied und langjähriges Gewerkschaftsmitglied und ebenso lange Leiter der „Volkswacht“. Wir gratulieren!

**Verammlung mit freier Aussprache in Oswig**  
am Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, bei Genossen Knoblich („Paradies“), Oswiger Straße 95. Genosse Erik Wenzel spricht einleitend über: „Christentum, Kirche und Arbeiterschaft“.

**Eine Wanderfahrt nach Neumarkt-Grantsenthal**  
veranstaltet der Schlesiische Verkehrsverband am Sonntag, dem 30. d. M., Abfahrt Breslau 7.30 Uhr mit Sonntagsfahrkarte Neumarkt, 1.90 Mark. Treffpunkt Bahnhof Bruch-Bilchdorf. Wanderung nach Neumarkt, Stadtbesichtigung, Mittagsessen, Weiterwanderung durch die Herbstpracht des Frankenthaler Parks nach Diebhorst, Kaffee, Rückwanderung nach Neumarkt, Rückfahrt mit dem Abendzuge. Etwa fünf Stunden Wanderung, an der sich jedermann beteiligen kann.

**Eine Autobusfahrt ins Blaue und Rote**

Der Schlesiische Verkehrsverband veranstaltet am nächsten Sonntag, dem 29. d. M., eine Fahrt ins Blaue und Rote, und zwar ins Blaue insoweit, als das Ziel nicht angegeben wird, ins Rote, weil die Fahrt durch die Herbstpracht der Bergwälder Schlesiens geht und sich daran eine dreitägige bequeme Wanderung durch die bunten Bergwälder anschließt. Abfahrt Breslau, Tauenzienplatz, 7 Uhr. Rückfahrt in Breslau gegen 21 Uhr. Fahrkarten zum verbilligten Preise von 5.00 Mark pro Person sind in der Geschäftsstelle des Schlesiischen Verkehrsverbandes, Gartenstraße 95, I., Tel. 52 421, zu haben. (Mittagsessen, falls gewünscht, 80 Pf.)

**Die Soziale Gruppe für erwerbstätige jüdische Frauen und Mädchen**

hat am 23. d. Mts ihre Tagungsstätte eröffnet. Diese ist Karlstraße 43 Sonntag, Dienstag und Donnerstag, abends von 8 bis 10 Uhr für alle Schichten der jüdischen Bevölkerung geöffnet. Sonntag wird ein Einheitsbeitrag von 10 Pf. zugunsten unserer Tagungsstelle erhoben. Dienstag und Donnerstag ist der Eintritt frei. Tee und Striekel werden unentgeltlich verabreicht. Jeden Abend findet Vorträge und musikalische Darbietungen statt.

**Der Breslauer Schwerhörigen-Verein, C. B.**

eröffnete dieser Tage in der Aula der Taubstummenanstalt, Sternstraße, keine diesjährige Winter-Vortragsfolge mit einem Auftaktabend. Im November finden folgende Veranstaltungen statt: In der Taubstummenanstalt am ersten Vereinsabend, am 5. November, das feste Stiftungsfest, am 15. November Vortrag mit Lichtbildern von Frau Studienrätin Schulze über Südtirol, am 6. und 22. November Heimabende der Jugendgruppe und am 29. November im Stammhaus der Brauerei C. Ripke, Friedrich-Wilhelm-Straße, ab 18 Uhr ein gemütliches Beisammensein. Auf die an jeden Montag von 19—21 Uhr im Zimmer 9 der Taubstummenanstalt abgehaltenen Abhörungen wird besonders hingewiesen. Die Beratungsstelle zur Beschaffung guter Hörgeräte ist am 1. und 15. November von 18—19½ Uhr, Zimmer 11, geöffnet.



**Lichtspiele gewerkschaftshaus ton-kino**

5.30 Uhr Montag kein Kino 8.30 Uhr  
Ab Freitag, den 28. Oktober  
Brigitte Helm, Gustav Fröhlich in  
**„GLORIA“**  
Ein Fliegerfilm, glänzende Kunststoffe  
packende Szenen, überaus sehenswert  
**Menschenarsenal**  
Ein gemachter Film der Sowjet-Produktion Moskau  
Emelka-Tonwoche Bühnenschau  
Jugend verboten : Aenderung vorbehalten

Am Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 2.30 Uhr  
**Kinder- und Jugendvorstellung**  
Groß-Tonfilm: Eintritt 30 Pf.  
**„Die Affen von Suchum“**  
Emelka-Tonwoche Bühnenschau  
Reichliches Beiprogramm

**Achtung! Sonder-Vorstellung Achtung!**  
Am Mittwoch, dem 2. November, nachmittags 3 Uhr  
**„Die Affen von Suchum“**  
Ein Groß-Tonfilm der Sowjet-Produktion Moskau. Dazu Beiprogramm  
Eintritt auf allen Plätzen 20 Pfennige Jugendliche zugelassen  
Billigste Eintrittspr. Erwerbslose 30 Pf. Besucherkreis 50 Pf., III. Pl. 60 Pf.  
II. Pl. 80 Pf., I. Pl. 1.— Mk. Erwerbslose am Sonntag die erste Vorstellung benutzen, da zur letzten Vorstellung starker Platzmangel herrscht.

**Öffentliche Kundgebung**

am Montag, den 31. Oktober, um 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17.

**Genosse Genz von Sarned**

der von Papen-Bracht abgesetzte Regierungspräsident von Mierzbürg spricht. Der Vortrag wird umrahmt von Rezitationen und Chorgefängen.

**Bund religiöser Sozialisten, Ortsgruppe Breslau.**

**Tuberkulose-Gesellschaft tagt in Breslau**  
Die letzte Tagung der Süddeutschen Tuberkulose-Gesellschaft findet am Sonntag, dem 29. Oktober, um 15 Uhr, und am Sonntag, dem 30. Oktober, um 9 Uhr in Breslau in der Medizinischen Universitätsklinik, Hohenzollernstr., statt mit folgenden Themen: „Lungenleues“, „Kindliche Tuberkulose“, „Staublungen“. Gäste willkommen. Röntgenfilme können direkt projiziert werden.

**Konzerte / Theater / Vergnügungen**

**Opernhaus (Operettenbühne).** Nur noch heute bis einschließlich Montag mit 16.30 und 20.15 Uhr die Operette „Der fidele Bauer“ gespielt, die täglich großen Beifall findet. Für Dienstag wird die Operette „Der letzte Walzer“ von Oscar Straus, dem bekannten Komponisten des Melodistagers „Walzerland“, vorbereitet. Die gesamte künstlerische Leitung steht unter der Regie von Direktor Theo Bogner, der auch die Länge einleitet. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Wilhelm Bodenheimer. Die Nachtstraßen hat hart eingeleitet. Die Eintrittspreise sind entsprechend niedrig gehalten.

**Veriell Kasperl.** Täglich zwei Vorstellungen mit dem Programm der Staatsoper, z. B. Ritz & Jule, eine Zauber-Parodie und ein artistischer Lied, der ein Variété-Abend nur einmalig gezeigt wird. Die Länge ist streng von einem Takte in 8 Meter Höhe in die Höhe des freistehenden Gartens. Alfons Dutsch mit seiner 16 Söhnen gefürt nur noch bis 31. Oktober.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**  
Bannerträger, Stabführer für die am kommenden Sonntag stattfindende Reichsbanner-Kundgebung sind umgehend im Büro abzuholen. Ortsgruppen, Geschäftsstelle: Markt unter 15, Jährts müssen sich sofort auf dem Marsch.

**Abendkino**  
5.30 Uhr Montag kein Kino 8.30 Uhr  
Ab Freitag, den 28. Oktober  
Brigitte Helm, Gustav Fröhlich in  
**„GLORIA“**  
Ein Fliegerfilm, glänzende Kunststoffe  
packende Szenen, überaus sehenswert  
**Menschenarsenal**  
Ein gemachter Film der Sowjet-Produktion Moskau  
Emelka-Tonwoche Bühnenschau  
Jugend verboten : Aenderung vorbehalten  
Am Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 2.30 Uhr  
**Kinder- und Jugendvorstellung**  
Groß-Tonfilm: Eintritt 30 Pf.  
**„Die Affen von Suchum“**  
Emelka-Tonwoche Bühnenschau  
Reichliches Beiprogramm  
**Achtung! Sonder-Vorstellung Achtung!**  
Am Mittwoch, dem 2. November, nachmittags 3 Uhr  
**„Die Affen von Suchum“**  
Ein Groß-Tonfilm der Sowjet-Produktion Moskau. Dazu Beiprogramm  
Eintritt auf allen Plätzen 20 Pfennige Jugendliche zugelassen  
Billigste Eintrittspr. Erwerbslose 30 Pf. Besucherkreis 50 Pf., III. Pl. 60 Pf.  
II. Pl. 80 Pf., I. Pl. 1.— Mk. Erwerbslose am Sonntag die erste Vorstellung benutzen, da zur letzten Vorstellung starker Platzmangel herrscht.

**Sozialdemokratische Partei**

Partei-Zentralrat:  
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-110  
Telefon Nummer 3000-3004  
Besitzer außer Sonnabend von 9-1 und 6-7 Uhr  
Donnerstag, den 27. Oktober, 10 Uhr, finden 10000 Mitglieder  
Kongressen statt. Die Abteilungen beteiligen sich an den Kund-  
gebungen wie folgt:  
Abteilungen Ober- und Untere Stadt  
im „Schlachterhof“;  
Abteilungen Dörfner Tor, Bismarck-Tor und Gärten  
in der „Kriegsstraße“, Hauptbahnhof;  
Abteilungen Gärten, Bismarck-Tor, Gärten,  
im „Schlachterhof“, Schlachterhof-Str.;  
Abteilungen Arbeiter und Arbeiterinnen  
bei Wollm, Hauptbahnhof-Str.  
Sämtliche Kund- und Kundgebungen müssen um 10 Uhr in der Vorversammlung sein.

Abteilung Innere Stadt. Wir beteiligen uns an der Kundgebung im „Schlachterhof“.  
Abteilung Arbeiter. Sämtliche Parteiführer treffen sich heute nach der  
Versammlung zu einer Beiratsbesprechung Hauptbahnhof-Str. 72, bei Grunbe.  
Abteilungen Dörfner Tor, Bismarck-Tor und Gärten. Freitag 20 Uhr im  
Erwerbslosenheim, Hauptstraße 8, mögliches Zusammenkunft der Abteilungsleiter,  
der Parteiführer und Beiratsmitglieder.  
Abteilung Gärten. Nach der heutigen Versammlung im „Schlachterhof“  
stehen die Parteiführer zu einer Beiratsbesprechung bereit.  
Dienst 28. Alle erwerbslosen Genossen treffen sich heute 10 Uhr zu einer  
wichtigen Mitteilung bei Gärten, Schlachterhof 18.  
Dienst 29. In unserer heutigen Kundgebung in Gärten, Schlachterhof 18, bei  
Parteiwohlfahrt der SPD, Genosse Ernst 3 im 2. Stock-Breslau und die Genossen  
Böhmig  
Nachfolger der Abteilung Werk. Sonnabend 10 Uhr Treffpunkt „Böhmig-  
Wohlfahrt“ mit Arbeitern.  
Nachfolger der Abteilungen Werk, Dörfner Tor, Sonnabend Treffpunkt 15.30 Uhr  
im Hofe des Gewerkschaftshauses.  
Nachfolger der Abteilung Arbeit. Sonnabend Treffpunkt 19 Uhr bei Witte.

**Ausflug für Arbeiterwohlfahrt**  
Rathaus, Zempel und Gärten. Der für heute, Donnerstag, angelegte  
Ausflug fällt wegen der von der Partei veranstalteten Kundgebungen aus.  
Wir bitten die Genossen, an dem nächsten Ausflugs-  
ausflug teilzunehmen.

**Junge Front**  
Sämtliche alle Genossen und Genossen in den Wahlbezügen der  
Eisernen Front, die in den einzelnen Abteilungen teilhaben.  
Freitag, den 29. Oktober, Treffpunkt der J.F. im Parkhaus.

**Sozialistische Arbeiterjugend**  
Heim 1 (Innere Stadt, Hauptstraße 45). Freitag: „Wie und die andere  
Jugendverbände“ Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.  
Heim 2 (Oberer Tor, Bismarck-Tor, Gärten). Freitag: „Wie leben wir  
die Welt“ Referent: Genosse Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.  
Heim 3 (Gärten, Bismarck-Tor, Gärten). Freitag: „Wie leben wir  
die Welt“ Referent: Genosse Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.  
Heim 4 (Gärten, Bismarck-Tor, Gärten). Freitag: „Wie leben wir  
die Welt“ Referent: Genosse Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.  
Heim 5 (Gärten, Bismarck-Tor, Gärten). Freitag: „Wie leben wir  
die Welt“ Referent: Genosse Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.  
Heim 6 (Gärten, Bismarck-Tor, Gärten). Freitag: „Wie leben wir  
die Welt“ Referent: Genosse Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.  
Heim 7 (Gärten, Bismarck-Tor, Gärten). Freitag: „Wie leben wir  
die Welt“ Referent: Genosse Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.  
Heim 8 (Gärten, Bismarck-Tor, Gärten). Freitag: „Wie leben wir  
die Welt“ Referent: Genosse Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.  
Heim 9 (Gärten, Bismarck-Tor, Gärten). Freitag: „Wie leben wir  
die Welt“ Referent: Genosse Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“  
Referent: E. Fischer. Sonntag: „Jugend und Politik“ Referent: E. Fischer.

**Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterinnenfreunde Breslau**  
Abteilung 4 (Kriegsstraße). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 5 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 6 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 7 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 8 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 9 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 10 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 11 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 12 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 13 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 14 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.  
Abteilung 15 (Gärten). Heute stattfinden Jungfrauen, Jung- und Tot-  
fallen Arbeitsgemeinschaft über die „Garten“ mit Wollm, Bismarck-Tor, Gärten.

**WERTHEIM**  
Breslau Tauentzienplatz  
Billige Lebensmittel

<b>Frisches Fleisch</b>		<b>Wurstwaren</b>	
Kalbshamm	Plund 0.48	Sülze	Plund 0.38
Kalbsrücken u. Brust	Plund 0.62	Blut- u. Leberwurst	Plund 0.54
Suppenfleisch	Plund 0.44	Landleberwurst	Plund 0.60
Rinderrouladen	Plund 0.82	Sülzwurst	Plund 0.64
Schweineschinken	Plund 0.75	Speckhackerle	Plund 0.68
Pökelfleisch	Plund 0.88	Kiehbassa	Plund 0.88
<b>Kolonialwaren</b>		<b>Käse, Fette</b>	
Vollreife Bohnen	Plund 0.12	Quadratkäse	Plund 0.23
Weizenmehl 000	Plund 0.17	Harzer Käse	Plund 0.29
Bruch-Makkaroni	Plund 0.34	Limburger halbfett	Plund 0.44
Bacon	Plund 0.29	Schweizer	Plund 0.68
Serfe u. Roggen	Plund 0.18	dänisch, 1/2 fett	Plund 0.68
Mischkaffee	Plund 0.58	Margarine	3 Plund 0.82
		Tafelbutter	Plund 1.34 1.27
<b>Konserven</b>			
Kohlrabi, Spinn	1/2 Dose 0.24	Apfelmus-Pfip	10-Plund-Dose 2.44
Erbsen	1/2 Dose 0.32	Fischbraten-Wurst	1-Pfd.-Eimer 0.88
Erbsen	1/2 Dose 0.32	Apfelmus-Pfip	2-Pfd.-Eimer 0.88
<b>Wild, Geflügel</b>		<b>Räucherwaren</b>	
Hirsch-Rücken	Plund 0.28	Schinken	Plund 0.28
Hirsch-Rücken	Plund 0.75	Schinken	Plund 0.42
Schies. Gänse	Plund 0.58 0.78	Räucherhühner	3 Stück 0.25
Hasen-Rücken	Stück 1.75	Spitzen	Plund 0.45
<b>Obst</b>		<b>Rotwein</b>	
Äpfel	1/2 Plund 0.25	Inghelmer	1/2 Flasche 0.75
Äpfel	Plund 0.16	Pfirsich-Wein	1/2 Flasche 0.88
Äpfel	10 Stück 0.38	Rotwein	1/2 Flasche 0.88
<b>Kakao</b>		<b>Kaffee</b>	
	Plund an 0.48		Plund 0.32

Es wird schon werden

## Papen und Reichsfinanzen

### 380 Millionen Mark Defizit bei den Reichseinnahmen im ersten Halbjahr

Der Reichskanzler von Papen hat am Montag in seiner Rede vor den Berliner Handwerfern erklärt, daß die „Systemparteien“ dreizehn Jahre lang die Finanzen ruiniert hätten und daß er mit seinem Kabinett seit fünf Monaten dabei sei, die Trümmer aufzuräumen. Wie sieht nun das Aufräumen, soweit die Steuereingänge beim Reich in Frage kommen, in Wirklichkeit aus?

Das Reichsfinanzministerium ist so nett gewesen, genau 24 Stunden nach der oben erwähnten Rede des Herrn von Papen, den Ausweis über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum 30. September 1932 vorzulegen. Da das Steuerjahr mit dem 1. April beginnt, war Ende September gerade ein halbes Jahr abgelaufen. Dieses halbe Steuerjahr fällt unter die Verantwortung der autoritären Regierung und der „grundtätig neuen Staatsführung“ des Herrn v. Papen. Das Ergebnis ist gerade nicht erhebens. Bei einem Soll von 3782 Millionen Mark und bei Einnahmen von 3352 Millionen Mark schließt dieses Papenische Steuerhalbjahr mit einem Defizit von 380 Millionen Mark ab. Bei den einzelnen Steuern ergeben sich folgende Fehlbeträge:

	Vorschlag für das Steuerjahr 1932/33	Einnahmen im ersten Halbjahr 1932/33	Fehlbetrag
	(abgerundet auf Millionen Mark)		
<b>Insgesamt</b>	<b>7464</b>	<b>3352</b>	<b>- 380</b>
Davon sind:			
Einkommensteuer	1630	670	- 145
Körperschaftsteuer	120	55	- 5
Erbsteuern	70	30	- 5
Umsatzsteuer	1920	649	- 261
Grundgewerbesteuer	24	10	- 2
Berufsteuer	65	28	- 3,5
Pottersteuern	60	24	- 6
Beförderungsteuer	208	96	- 8
Salzsteuer	40	6,3	- 13,7
Riersteuer	300	199	- 11
Alkoholmonopol	180	60	- 5
Leuchtmittelsteuer	9	2,6	- 1,9

Die tatsächlichen Einnahmen bleiben durchweg weit unter dem Vorschlag. Man mag gegen die Regierung Brünning, die von der autoritären Regierung des Herrn von Papen abgelöst worden ist, sagen, was man will, aber das kann man nicht bestreiten: Sie hat Einnahmen und Ausgaben streng in Ordnung gehalten. Sie hat alles getan, um die bösen Löcher bei den Einnahmen zu vermeiden. Wir befürchten, daß man der „grundtätig neuen Staatsführung“ des Herrn von Papen das später nicht nachrühmen können wird. Und das ist das Bedenkliche. Das Spiel mit Scharfweisungen, wie wir es unter der Regierung von Papen erleben, vor allem die Finanzierung von Liebesgaben und Subventionen durch Scharfweisungen, steht in unüberbrückbarem Gegensatz zu der Gestaltung der Einnahmen im Reich. Wenn Herr von Papen beliebt, so viel über die Zerstückelung der Finanzen durch die Systemparteien zu reden, hat das angesichts der Einnahmeausweise des Reichsfinanzministeriums nur das eine Gute, daß das Selbstlob des Herrn Reichskanzlers alarmierend wirkt. Die „Systemparteien“ können für sich in Anspruch nehmen, gute Finanzwirtschaft getrieben zu haben. Bis zuletzt. Als die „Systemparteien“ noch am Ruder waren, war der Finanzminister noch der ausschlagentende Mann. Es ging danach, was das Reich wirklich an Mitteln zur Verfügung hatte. Diese Uebung des ehrbaren Kaufmanns scheint unter der autoritären Regierung abhanden gekommen zu sein. Wir haben das bedauerliche Gefühl, daß der Finanzminister gegenwärtig nicht die Rolle spielt, die er spielen sollte.

Wenn es nur bei einem Defizit von 380 Millionen Mark im ersten Steuerhalbjahr 1932/33 geblieben ist, dann nur deshalb, weil die Massenbesteuerung sich ganz bedeutend erhöht hat. Für das erste Halbjahr 1932/33 sind zu verzeichnen:

	Minderereinnahmen
Einkommensteuer	- 240,6
Körperschaftsteuer	- 50,4
Aufbringungsumlage	- 75,1

	Mehreinnahmen
Umsatzsteuer	+ 98,4
Zölle	+ 29,8
Zuckersteuer	+ 12,9

Die Mindereinnahmen beruhen, wenigstens zum Teil, auf den Steuererleichterungen, die das Kabinett Papen gemacht hat. Wir verweisen in dieser Beziehung nur auf die verringerte Einnahme aus der Aufbringungsumlage, die sich dadurch erklärt, daß die Freigrenze für den Besitz durch die Papen-Regierung künftiger gestaltet wurde.

Auch für die kommende Gestaltung der Einnahmen zeigt die Regierung Papen ihre Hoffnung auf stärkere Einnahmen aus den Massensteuern, auf die Aufhebung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer. Die Regierung, die Hunderte von Millionen an die Großlandwirtschaft und an die Schwerindustrie gibt, will die Defizite dadurch ausgleichen, daß sie die kleinen Handwerksmeister und -Händler verschärft zur Umsatzsteuer heranzieht!

Wir fragen uns, wie sich diese Hoffnungen erfüllen werden? Solche Hoffnungen sind durchaus unangebracht. Der Reichskanzler soll sich doch einmal bei den Finanzämtern umhören, wie ihm sagen können, wie die Steuerentwicklung in nächster Zeit ungefähr sein wird. Die Praktiker aus den Finanzämtern werden dem Herrn Reichskanzler sagen müssen, daß bei wichtigen Steuern in Zukunft eben zwei Mittel des Vorkaufsstrages herauskommen werden. Angesichts dieser Perspektive sind wir nicht froh genug, den Optimismus der Reichsregierung zu teilen.

## Erfolgreicher Protest des Olsa-Bundes

### Gegen die Rentenförzungsversuche der Reichsnappschafft

Die Verwaltung der Reichsnappschafft ordnete vor einigen Tagen an, am 1. November in der Angestelltenpensionskasse nur achtzig Prozent der fälligen Pensionseinzahlungen auszuführen.

Der Olsa-Bund hat gegen diese ungeschickliche Maßnahme sofort beim Reichsarbeitsministerium Einspruch erhoben und erreicht, daß die Anordnung der Reichsnappschafft zurückgezogen werden mußte. Auch das Reichsarbeitsministerium hat das Vorgehen der Reichsnappschafft für rechtlich unzulässig erklärt. Es ist bereits eine neue Umweisung dahin ergangen, daß am 1. November die fälligen Leistungen in voller Höhe ausgezahlt werden. Außerdem werden die im Monat Oktober einbehaltenen Rentenbeträge nachgezahlt.

Im Laufe des Monats November sollen neue Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Angestelltenpensionskasse stattfinden.

## Die Volkstürforge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-V.G., kann für den Monat September eine ganz erhebliche Antragssteigerung feststellen. Gegenüber dem Vormonat macht die Steigerung rund 12 Prozent aus. Insgesamt wurden 11 322 Volks- und Lebensversicherungen mit 3 691 000 Mark Versicherungssumme beantragt. Wieder in Kraft gesetzt wurden 4128 prämienfrei laufende Versicherungen.

Damit stellt sich der Antragsanstieg bei der Volkstürforge in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres auf 118 034.

**AGD-Verluste bei Betriebsratswahlen.** Das die kommunikalische AGD dabei ist, auch in solchen Betrieben abzuwickeln, die sie einmal unbefristet beherrsicht, zeigen die Betriebsratswahlen auf der Zeche Westfalen. Dort erhielt die AGD im März 1931 noch 1094 Stimmen; sie ging bis Oktober 1932 auf 809 Stimmen zurück. Dagegen konnten die freien Gewerkschaften (Verband-Industriearbeiterverband) ihre Stimmen von 308 auf 322 steigern. Die Nazis erhielten von 1607 abgegebenen Stimmen 134. Der Erfolg muß ein Anzeichen sein, den Schwandel der AGD weiter zu erklären.

## Gegen den hohen Zuckerpreis

### Landwirtschaftlicher Verein Breslau fordert Abbau der Zuckersteuer und Aufhebung der Rüben-Kontingentierung

Wie es trifft, ohne letzten Grundbesitz in ihrer Wirtschaftspolitik, ist die Landwirtschaft für oder gegen Kontingentierung, für Zoll oder gegen zu hohe Besteuerung. Am Dienstag fanden sich im Landeshaus in Breslau die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Vereins Breslau zu einer Generalkonferenz zusammen, um sich über die Kontingentierung der Zuckererzeugung auszuwirken, nämlich die Kontingentierung des Zuckerrübenanbaus. Die Landwirte können den Rübenanbau nicht entbehren, während die Zuckerindustrie befreit ist, das Quantum der abzunehmenden Rüben weiter zu brüden, da sie infolge des Konsumrückganges im Lagerzucker fast erstickt. Die Industrie vermag den erzeugten Zucker aus der Produktion einer Ernte bis zur nächsten Kampagne nicht mehr abzuwehren, was angesichts der enormen, durch die Steuer hochgetriebenen Preise und der in der Linie der Papierpolitik liegenden Einkommensminderung nur zu verständlich ist.

Die Verammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Breslau nahm deshalb einstimmig eine Entschließung an, die verlangt, daß die Zuckersteuer aufgehoben, oder mindestens die im Vorjahre eingeführte Verdoppelung beseitigt wird. Weiter verlangte die Verammlung, daß die Freizügigkeit beim Rübenabfuhr wieder hergestellt wird. Man vertritt sogar in den Erläuterungen zu diesen Forderungen die sehr vernünftige Auffassung, daß nur ein ganz radikaler Abbau der Zuckerpreise den Verbrauch und damit den Absatz bzw. den Rübenanbau wesentlich zu steigern vermag und eine Verbilligung des Zuckers etwa um einen Pfennig je Pfund kaum zum Erlolge führen könne.

Allerdings wäre es gut, wenn die Landwirtschaftlichen Interessenten auch einmal in ihren Kreisen sich die Frage vorlegen würden, ob nicht auch die Kontingentierung auf anderen Wirtschaftszweigen verheerende Wirkungen nach sich zieht. Die „Erfolge“ der Regierung Papen auf diesem Gebiete beginnen sich gerade gegenwärtig in den verschiedensten Industriezweigen auszuwirken, eine Nachfrist über Arbeiter-Einstellungen infolge der Kontingentierungspolitik der Reichsregierung jagt die andere. In diesen Fällen meint die Landwirtschaft allerdings an Protesten nicht so interessiert zu sein, wie aus dem einen Gebiete, wo sie selbst einmal die Folgen der Kontingentierung zu tragen hat. Man kann im übrigen nur wünschen, daß die sozialistische Landwirtschaft ihre, sicher sehr guten, Verbindungen zur Regierung Papen aufnimmt, um der Forderung auf Herabsetzung oder vollständiger Abschaffung der Zuckersteuer auch Geltung zu verschaffen.

Neumarkt. Standarte 51 tritt an. Am vergangenen Sonntag wollte hier der schlesische Oberkommandierende der Nazi-Terroristen Parade über die Standarte 51 abnehmen, mozu etwa 1500 Mann nach Neumarkt beordert wurden. Aber der Zauber zieht nicht mehr so recht; es erschienen ihrer ganze 550 Nazimänner, vor denen Herr Feines den Mund dafür umso kräftiger vollnahm. Den Neumarkter Polizeibeamten wurde von der Mannschaft so im Vorbeigehen freundlich bedeutet, die SA, ja die „würde auch mit der Neumarkter Polizei noch fertig“. Dabei scheint man es auch vermieden zu haben, die in geschlossenem Zuge und mit wehenden Fahnen marschierenden Hitlerkriegs-soldaten auf das bestehende Umzugsverbot aufmerksam zu machen.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-176  
Telephon 59064, 59061  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

## Öffentliche Kundgebungen

- Freitag, den 28. Oktober  
Schallau, 20 Uhr, Redner: Genosse Bretthorff.
- Sonnabend, den 29. Oktober  
Dyptau, Lokal Nimtschki, 20 Uhr, Redner: Gen. Bretthorff.  
Gr. Siering, Lokal Wolf, 20 Uhr, Redner: Genosse Gottwald.  
Kamper, Lokal Seibel, 20 Uhr, Redner: Genosse Swolinsky.  
Koblan, Lokal Wilde, 20 Uhr, Redner: Genosse Schiffer.  
Kippeln, Lokal Lindert, 20 Uhr, Redner: Genosse Gabriel.  
Kneben, Lokal Müller, 20 Uhr, Redner: Genosse Riek.  
Krauswitz, Lokal Wehe, 20 Uhr, Redner: Genosse Prof. Marz.  
Krauswitz, Lokal Jiegler, 20 Uhr, Redner: Genosse Pfeiffäb.  
Krauswitz a. d. Weide, Lokal Hoffmann, 20 Uhr, Redner: Genosse Kleinert.  
Kobersitz, Lokal zur Krone, 20 Uhr, Redner: Genosse Dr. Hamburger.  
Straß, 20 Uhr, Redner: Genosse Stals.  
Kallwitz, Lokal Herforth, 20 Uhr, Redner: Genosse Brück.  
Kallwitz, Lokal Matern, 20 Uhr, Redner: Genosse Sinnerg.  
Kallwitz, Lokal Ehrenberg, 20 Uhr, Redner: Genosse Gröbner.  
Kallwitz, Lokal Steigüber, 20 Uhr, Redner: Gen. Hermetz.  
Kallwitz, Lokal Grundke, 20 Uhr, Redner: Genosse Kosol.  
Kallwitz, Lokal Brehn, 20 Uhr, Redner: Genosse Dr. Kohn.  
Breslau, Freitag, den 28. Oktober, 20 Uhr, bei Kende, Frauenabend. Genossin Stinner ist anwesend. Alle Frauen erscheinen.

## Notverordnungen für Pächter

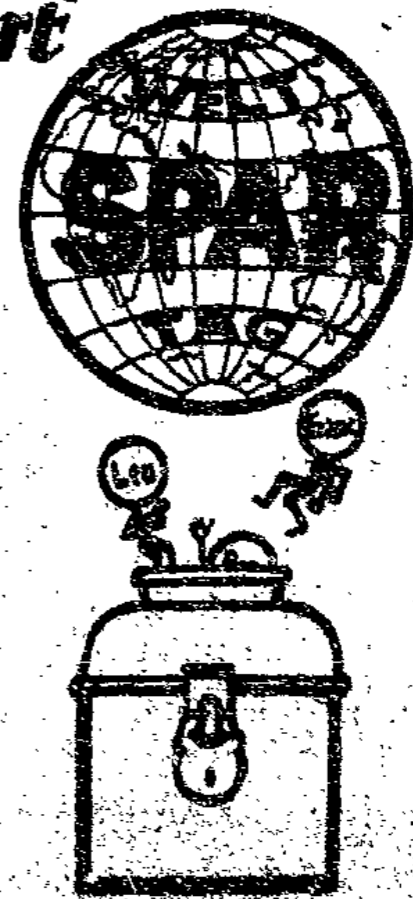
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat mit ihrem Drängen auf verstärkten Pächterschutz wenigstens einen Teilerfolg gehabt. In der Verordnung des Reichspräsidenten über landwirtschaftliches Vermittlungsverfahren, Vollstreckungsschutz und Pächterschutz vom 27. September 1932 wird in Kapitel 3 ein Kündigungsschutz für Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke ausgesprochen. Kündigung der Pächter eines zu landwirtschaftlicher, ob- oder gewerbemäßiger gärtnerischer Nutzung verpachteten Grundstückes den Pächtervertrag, weil der Pächter mit der Zahlung des Pachtzins ganz oder teilweise im Rückstand ist, so kann auf Antrag des Pächters das Pachtvermittlungsamt bestimmen, daß die Kündigung als nicht erfolgt gilt. Dem Antrag darf nur entsprochen werden, wenn der Vertrag auf Umständen beruht, die in der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung begründet sind, und die der Pächter nicht abwenden konnte. Ganz besonders soll dabei ein Verzug des Pächters Beachtung finden, wenn er auf außerordentliche Verluste durch Unwetter oder Viehseuchen zurückzuführen ist oder darin seinen Grund hat, daß die Preise der Produkte, aus deren Erzeugung der Betrieb allein oder überwiegend gerichtet ist, hinter den allgemeinen Stand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse seit Ende 1930 außerordentlich zurückgegangen sind. Der Antrag auf Aufhebung der Kündigung soll abgelehnt werden, wenn die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes durch den Pächter nicht gefährdet erscheint. Der Antrag kann nur binnen zwei Wochen gestellt werden, nachdem die Kündigung dem Pächter zugeworfen ist. Falls das Pachtvermittlungsamt dem Antrag des Pächters entspricht, so darf wegen desselben Pachtvermittlungsverfahrens vor dem 31. Dezember 1933 nicht erneut gekündigt werden. Die Verordnung hat rückwirkende Kraft für Kündigungen erhalten, die vor ihrem Inkrafttreten erfolgt sind, sofern nicht das Pachtvermittlungsamt vor diesem Zeitpunkt vom Pächter schon geräumt oder vom Verpächter anderweitig verpachtet worden ist. In diesem Falle muß der Antrag innerhalb eines Monats seit dem Inkrafttreten der Verordnung beim Pachtvermittlungsamt gestellt werden. Die Verordnung ist am 28. September in Kraft getreten. Zuständigkeit und Verfahren im

Rahmen dieser Verordnung richtet sich nach den Vorschriften für Pachtvermittlungsverfahren.

Auch die kommissarische preussische Staatsregierung hat in ihrer Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 1. September 1932 eine Neuordnung gegenüber der bis dahin geltenden preussischen Pachtvermittlungsverordnung in Kraft gesetzt. Beim Beschwerdeverfahren in Pachtvermittlungsverfahren galt bisher die Bestimmung, daß ein Beschwerdegericht, welches bei der Entscheidung über eine Rechtsbeschwerde oder eine Berufung von der ihm bekannten Entscheidung eines anderen Landesgerichts oder von einer Entscheidung des Kammergerichts, die zu derselben Rechtsfrage ergangen war, zweifeln wollte, die Sache dem Kammergericht unter begründeter Darstellung der eigenen Rechtsansicht zum Erlass eines Rechtsentscheidendes über diese Rechtsfrage vorzulegen hatte. Es ist jetzt der preussischen Pachtvermittlungsverordnung ein § 47a eingefügt worden, der besagt, daß, wenn von einer der Parteien (Pächter oder Verpächter) die Einholung eines Rechtsentscheidendes über eine bestimmte Rechtsfrage beantragt wird, das Landesgericht über den Antrag durch einen mit Begründung versehenen Beschluß zu entscheiden hat. Lehnt das Landesgericht die Einholung eines Rechtsentscheidendes durch Beschluß ab, so steht dem Antragsteller binnen der Frist von einer Woche seit Zustellung des Beschlusses des Landesgerichts die Beschwerde an das Kammergericht zu. Das Landesgericht darf eine Entscheidung zur Hauptsache nur verkünden, wenn innerhalb der bezeichneten Frist die Einlegung einer Beschwerde nicht erfolgt ist oder wenn die Beschwerdeentscheidung des Kammergerichts vorliegt.

Während die Verordnung des Reichspräsidenten den Pächtern bis zu einem gewissen Umfange einen Kündigungsschutz gewährt, kann in der neuen preussischen Verordnung ein Vorbehalt für die Pächter nicht erlassen werden. Wir leben in ihr vielmehr eine Verschärfung für die Pächter, die nach allen bisherigen Erfahrungen der Notfrist von einer Woche nicht einhalten werden, so daß bei Rechtsbeschwerden der Pächter in Zukunft noch mehr als bisher die verpächterfreundliche Auffassung der Landesgerichte den Ausschlag geben wird.

## Die ganze Welt spart am



### Städtische Sparkasse zu Breslau

## Das Kabinett Braun wieder zusammengesetreten



Das preussische Staatsministerium ist in den Räumen des preussischen Wohlfahrtsministeriums unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun zu einer Besprechung über das Reichsgerichtsurteil zusammengesetreten. Auf unserem Bilde von dieser Sitzung sehen wir (sitzend von links) Justizminister Staatsgerichtshof, Finanzminister Dr. Klepper.

Dr. Schmidt, Landwirtschaftsminister Steiper, Volkswohlfahrtsminister Hirtlauer, Ministerpräsident Braun, Handelsminister Dr. Schreiber, Innenminister Severing, (stehend von links) Kultusminister Grimme, die Ministerialdirektoren Dr. Bracht und Dr. Badt, die Vertreter Preußens vor dem

## Nazi als Berufseinbrecher

Das Schöffengericht Weimar verurteilte den, wiederholt vorbestraften 31jährigen Walter Döring wegen Einbruchsdiebstahl in 29 Fällen (!) zu 10 Jahren Zuchthaus. Die dem Angeklagten zur Last gelegten Einbrüche sind in den Jahren 1929 bis 1931 verübt worden: Personal in Krankenhäusern bestahl Döring um Schmutz und Cerpapier; oftmals suchte er Büros heim, deren Patentschlösser er mit einem Bleistreifen zu öffnen verstand, schließlich spezialisierte er sich auf Manarbenwohnungen. Seine „Arbeit“ übte er in verschiedenen deutschen Städten aus, bis ihn in Weimar sein Schicksal ereilte. Um zu beweisen, daß er „ein ehrenhafter Mensch“ sei, führte Döring aus, daß er einer großen politischen Organisation angehöre. Er ließ das Gericht nicht lange raten, welche Organisation gemeint sein könne; in einem Atemzuge bekannte er sich zum Antisemitismus, schimpfte er auf die „Berliner Weich- und Gezeinst-Polizei“ und auf „die Jüdenbergischen Zeitungsschmierer“. Es scheint hier wieder eine der Blüten des Dritten Reiches in den Staub gefunken zu sein.

## Todesurteil!

Das Altmärkische Schwurgericht in Stendal verurteilte am Mittwoch den Tischlermeister und Landwirt Georg Grasser aus Barnebeck, Kreis Salzwedel, wegen vollendeten Mordes in einem Falle und versuchten Mordes in zwei Fällen zum Tode und fünf Jahren Zuchthaus, ferner zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Grasser suchte am 12. Juli dieses Jahres die Landwirtsfamilie Schulz in Barnebeck auf, mit der er wegen Pachttader-Angelegenheiten Differenzen hatte. Er traf Frau Schulz in der Küche an und schob sie nach kurzem Wortwechsel mit einem Revolver nieder. Dann richtete er die Waffe auf den ebenfalls in der Küche anwesenden Sohn und verlegte ihn am Arm. Damit war kein Blutranich noch nicht gelöstigt. Er suchte den 17jährigen Belfer Schulz auf und schlug so lange auf ihn ein, bis auch dieser blutüberströmt zum Zusammenbruch kam. Grasser, der im Kriege eine schwere Kopfverletzung erhalten hatte, galt allgemein als ein sehr jähzorniger Mensch.

## Räffel im D-Sug

In einem Abteil dritter Klasse des D-Juges Wiesbaden-Berlin wurde am Mittwochmorgen kurz vor dem Zielbahnhof ein Reisender bestunungslos und anscheinend vergiftet, außerdem heubezerrt und Kapiere beraubt, aufgefunden. Das Berliner Hauptbezerrat, der Reichsbahnüberwachungsdiener und die Kriminalpolizei in Frankfurt (Main) und Wiesbaden sind damit beschäftigt, den merkwürdigen Fall aufzuklären. Es steht noch nicht fest, ob der vorläufig in ein Krankenhaus überführte Reisende das Opfer eines Verbrechens wurde oder ein Simulant ist.

## Wunder?

Im Berliner Caro-Betschel-Prozess plädierte am Mittwoch der Vertreter des Nebenklägers Dr. Ernst Betschel, Justizrat Dr. Davidsohn. Zu Beginn seiner auf zwei Tage berechneten Ausführungen protestierte der Anwalt — dem u. a. Professor Usherberg antworten wird — gegen den Antrag des Staatsanwalts, der die Freisprechung des Angeklagten Caro verlangt. Justizrat Davidsohn meinte, daß eine Reihe von Wundern geschehen sein müßte, wenn die Angaben des Angeklagten Geheimrat Caro zutreffen sollten. Ein Wunder sei es z. B., daß der Angeklagte die Quittung, von der er früher behauptet habe, daß er sie 1924 vernichtet hatte, gerade zu der Zeit wiederfinde, zu der er sie gebrochen könnte. Mit solchen Wundern werde von der Gegenseite sehr viel gearbeitet; ihr Wert wurde freilich durch Zeugenaussagen entkräftet.

## Stuffehenerregende Entführung in Argentinien

„Daily Herald“ verbreitet aus Buenos Aires die aufsehenerregende Meldung, daß der Sohn des argentinischen Finanzministers Santiago Hueno und der Sohn des Millionärs Arzaga von einer Verbrecherbande entführt worden seien, um von ihren Angehörigen ein großes Lösegeld zu erpressen. Dem jungen Hueno sei es gelungen, zu entkommen. Arzaga aber befindet sich noch in Gefangenschaft. Die Tat sei allem Anschein nach von der Verbrecherorganisation Mafia ausgeführt worden, die früher in Südtalien große Macht hatte und in Argentinien noch heute Zweigorganisationen besitzen soll. Die argentinische Regierung habe zahlreiche verdächtige Personen verhaften lassen und drei Regimenter, Panzerwagen und Flugzeuge eingesetzt, um die Verbrecherbande ungeschädlich zu machen und Arzaga zu befreien.

## Prozeß um Mata Hari

### Ein holländisches Gericht findet Greta Garbos Darstellung „zu edel“

Die Klage der Brüder der Tänzerin Mata Hari, die im Oktober 1917 in Vincennes bei Paris von den Franzosen wegen Spionage zugunsten Deutschlands it and reichlich erschossen wurde, ist vom Landgericht Rotterdam abgewiesen worden: Mata Hari's Brüder — sie heißen Zelle, die Tänzerin selbst hieß eigentlich Margareta Zelle — hatten das Verbot des Greta Garbo-Films „Mata Hari“ beantragt, weil durch ihn das Andenken der Tänzerin geschändet, ihre noch lebende Verwandtschaft aber moralisch und materiell geschädigt werde. Das Gericht hat lange verhandelt und beraten. — schließlich wurde die Klage mit der Begründung abgewiesen, daß Mata Hari in dem gleichnamigen Film durch Greta Garbo noch weitaus edler dargestellt wäre, als sie in Wirklichkeit gewesen sei.

Vor Eintritt in die Verhandlung wurde der Film „Mata Hari“ vor allen Mitgliedern des Gerichtshofes, Richtern und Vertretern der Beklagten in einem Rotterdammer Lichtspielhaus aufgeführt. Im Gericht gab anschließend der Vertreter der Kläger ein fesselndes Bild des Lebens der Mata Hari. Ihre beiden noch lebenden Brüder, die die Klage eingereicht hätten, bekleideten angesehenen Funktionen; der Film, der das Ansehen ihrer Schwester herabsetze, müsse sie jedoch schädigen. Zu ihren Lebzeiten habe Mata Hari ihren Brüdern weitgehend Vertrauen geschenkt, wenn sie auch sonst als sehr internationale Frau wenig um ihre einfache Familie habe kümmern können. Als ihre Verurteilung zum Tode bekannt geworden sei, habe ihr ältester Bruder verzweifelt alles aufgegeben, um ihre Begnadigung zu erwirken; schließlich habe er nur den Totenlaich mit der Bemerkung, daß seine Schwester auf dem Schießplatz bei Vincennes „gestorben“ sei, erhalten. Der Landgerichtspräsident unterbrach hier die Ausführungen mit der kurzen Bemerkung, daß man aussergewöhnlich die Todesurteile zu erwähnen „vergessen“ habe.

Der Rechtsanwalt der Kläger erzählte dann, daß Mata Hari mit dem auch beim englischen Hof angesehenen Schotten Mac Leod sehr unglücklich verheiratet gewesen sei; von den beiden Kindern aus dieser Ehe sei ein Knabe schon nach einem Jahre gestorben, während die Tochter der Mata Hari im Jahre 1919, als sie sich nach Indien begeben wollte, verunglückte. Im Jahre 1903 habe sich Mata Hari von ihrem Mann getrennt; im Jahre 1906, als die Tänzerin in Paris schon einen großen Namen hatte, sei die offizielle Scheidung erfolgt. Mata Hari's noch lebender früherer Hausarzt Dr. Roeliffema im Haag habe noch kürzlich erklärt, daß Margareta Zelle „eine weit bessere Frau“ geworden wäre, wenn sie einen besseren Mann geheiratet hätte. Das letzte Wort über die Schuld der Angeklagten Mata Hari sei jedenfalls noch nicht gesprochen. Das Urteil wäre in Frankreich zu einer Zeit gefällt worden, als die Deutschen nur 100 Kilometer von Paris entfernt standen; die nötigen Garantien für die Richtigkeit des Urteils seien damals nicht gegeben gewesen.

Für den belagerten Amsterdamer Theaterbesitzer Tuschinski sprach Rechtsanwalt Dr. v. Raastriji, der den Richter ermahnte, sich nicht für unendlich zu erklären. Gewiß seien die Brüder von Mata Hari, aber Mata Hari habe immer ihre Familie verteidigt. Sie behauptete stets, an der Spitze von Malabar als Leiter einer malakischen Tänzerin geboren zu sein, während sie in Veenwarden als Tochter von Thom Zelle und Marie van der Meulen geboren wurde. Es habe historisch sein, daß sie eine gefährliche Halbweibdame und Spionin in deutschen Diensten gegen Frankreich gewesen sei. Gerade wer Mata Hari nach dem Film beurteilen sollte, müßte sie sehr sympathisch finden. Der Film enthalte nichts Entehrendes über sie; außerdem werde die Tänzerin durch Greta Garbo viel schöner dargestellt, als in Wirklichkeit gewesen sei.

Ein Vertreter der gleichfalls belagerten Herstellerfirma der Metro-Goldwyn-Mayer Film Gesellschaft erklärte, daß dieser Film nicht die biographisch genaue Lebensgeschichte der im Jahre 1876 geborenen Margareta Zelle bilde. Hätte man genau das Leben der Tänzerin rekonstruieren wollen, dann hätte dem Vorstände Rechnung getragen werden müssen, daß Mata Hari am Ende ihres Lebens nicht mehr in Salons, sondern in Singeltanzgassen auftrat. Die Beurteilung wegen Spionage sei

zu recht erfolgt; ihre Spionage zugunsten der Deutschen sei bekannt geworden, als ihr die Franzosen ihrerseits einen Auftrag zur Spionage erteilen wollten. Uebrigens sei der Name Mata Hari während der Kriessjahre Gemeingut gewesen. Würde der Film unter einem anderen Namen aufgeführt, dann könnten die Kläger überhaupt nichts einwenden.

Das Gericht hielt auf Grund des gegebenen Tatbestandes aus den eingangs erwähnten Gründen eine Komproamisierung nicht für notwendig.



Braun auf dem Wege zur Kabinettsitzung

## König Dickerle und sein Söhnchen

Von G. Th. Notman



Da standen sie nun. Eine einsame, erblohe Fläche dehnte sich vor ihren Augen aus. Kein Baum, keine Pflanze war zu sehen. Und am Himmel brannte die fliehende Sonne. „Das ist die Wüste, Hierewitt“, sagte der König, „und ich glaube, wir wären besser bei den Elefanten geblieben. Dann hätten wir wenigstens zu essen und zu trinken gehabt.“ „Bisleicht finden wir den Elefanten wieder“, sagte Hierewitt, „er hat uns doch versprochen, zurückzukommen.“ Und damit zogen sie in die Wüste hinein.



Müde und durstig setzten sie sich endlich auf einen Sandhaufen. Aber Hierewitt war ein echter Zwergenjunge und schnell ausgerührt. Er sprang auf den Sandhaufen hinauf und — krah! — krah! — laut er durch den Sand in irgendeiner leuchtigen Welt. Bis zur Hälfte lag er darin; und nur mit Mühe krah er wieder hervor. „Water!“ rief er aus, „ein Ei, ein Hieser! Nun haben wir zu essen und zu trinken! Hurra!“ Aber da erklang eine drohend: Stimme: „Das wollen wir noch sehen!“

**Weisse Zähne Chlorodont**  
Chlorodont ist ein Zahnpulver, das die Zähne weis und gesund hält. Es enthält kein Kalk und ist daher besonders geeignet für empfindliche Zähne. Chlorodont ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.